

Solide Dynamik in einem risikobehafteten Umfeld – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2011

IW-Forschungsgruppe Konjunktur*, Mai 2011

Die deutsche Wirtschaft hat die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hinter sich gelassen und ist auf Rekordkurs. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2011 um gut 3 ½ Prozent und im Jahr 2012 um 2 ¼ Prozent zulegen. Dabei kommen die Wachstumsimpulse hauptsächlich aus dem Inland. Der Private Konsum expandiert vor dem Hintergrund der guten Arbeitsmarktentwicklung. Die Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2012 auf 2,6 Millionen Personen zurückgehen. Die Investitionstätigkeit findet auf breiter Ebene statt. Im Gefolge des breit angelegten und kräftigen Aufschwungs kommt auch die Konsolidierung des Staatshaushalts voran. Das Staatsdefizit wird im Jahr 2012 bei ½ Prozent des BIP liegen. Die erwartete solide Entwicklung in Deutschland ist allerdings eingebettet in ein risikobehaftetes globales Umfeld. Es überwiegen jedoch die positiven Determinanten, sodass die Weltwirtschaft weiterhin robust bleibt.

Nach der Krise

Die deutsche Wirtschaft hat die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hinter sich gelassen, und sie befindet sich auf einem soliden Expansionspfad. Dies gilt für eine Reihe anderer fortgeschrittener Volkswirtschaften nicht. Auch im Prognosezeitraum 2011 und 2012 kann von einer soliden ökonomischen Dynamik in Deutschland ausgegangen werden:

- Die diskretionären und konjunkturpolitisch motivierten Einflüsse des Staates sind unmerklich. Vielmehr dominiert jetzt die privatwirtschaftliche Gangart den Konjunkturverlauf.
- Korrektur- und Normalisierungseffekte, die durch den starken Wirtschaftseinbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 ausgelöst wurden, sind im Prognosezeitraum kaum noch relevant. In vielen Bereichen werden bereits im Jahr 2011 neue Rekordwerte erreicht.
- Das Wachstumsprofil ist mehr und mehr ausbalanciert. Die Wachstumsbeiträge der inländischen Nachfragekomponenten Konsum und Investitionen dominieren zunehmend die konjunkturelle Dynamik. Nur gut ein Drittel des Wachstums im Jahr 2010 speiste

* Ralph Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Leiter der Forschungsgruppe), Michael Hüther, Manfred Jäger-Ambrożewicz, Rolf Kroker, Jochen Pimpertz, Christof Römer, Holger Schäfer, Thilo Schaefer und Christoph Schröder.

sich hierzulande aus dem zunehmenden Außenbeitrag. Der Auslandsfunke hat also bereits kräftig auf die Inlandskonjunktur durchgewirkt – dabei kommt der Arbeitsmarktentwicklung eine tragende Rolle zu.

Die starke wirtschaftliche Dynamik in Deutschland findet aber nicht in einem risikofreien Raum statt. Die Nachwirkungen der Finanzmarktkrise zeigen sich in stark angestiegenen Staatsschulden, die in einigen Ländern ein kaum noch tragfähiges Niveau erreicht haben. Daraus können weitere Anspannungen und Schieflagen an den Finanz- und Devisenmärkten erwachsen. Auch birgt die dringend notwendige Rückführung der expansiven Geld- und Fiskalpolitik in vielen Ländern ein nicht unmerkliches konjunkturelles Bremsrisiko. Die wieder anziehende Weltkonjunktur hat schließlich auch in Kombination mit der global überreichlichen Liquidität für deutliche Preisanstiege bei Rohstoffen und für höhere Inflationsraten gesorgt. Das Risiko einer Fortpflanzung der Inflation in Zweitrundeneffekte – durch übermäßige Lohnerhöhungen – ist zwar derzeit nicht allzu groß. Es kann aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Und nicht zuletzt haben geopolitische Entwicklungen wie die Krise in Nordafrika und die Natur- und Atomkatastrophe in Japan für zunehmende Unsicherheit gesorgt. Unsicherheit zum einen hinsichtlich der Angebots- und Nachfragebedingungen an den Märkten für Energierohstoffe und Energie. Eine zunehmende politische Instabilität in einigen öl- und gasexportierenden Ländern wirkt bei gleichzeitig ansteigender Nachfrage preistreibend. Die steigende Nachfrage speist sich wiederum aus der anziehenden Weltkonjunktur und aus dem möglicherweise verstärkten Rückgriff auf fossile Brennstoffe als Alternative zur Kernkraft. Die Ereignisse in Japan haben zum anderen aber auch die Zuverlässigkeit globaler Zulieferverflechtungen auf den Prüfstand gestellt. Bestehende Abhängigkeiten von einigen wenigen und vor allem räumlich konzentrierten Anbietern von Vorleistungen können mittelfristig durchaus Restrukturierungen von internationalen Wertschöpfungsketten auslösen.

Weltwirtschaft bleibt robust

Die weltwirtschaftliche Entwicklung bleibt in diesem und im nächsten Jahr robust. Die reale globale Wirtschaftsleistung wird sich um jeweils rund 4 ½ Prozent erhöhen. Das reale Welthandelsvolumen wird in diesem Jahr um 8 Prozent und im Jahr 2012 um 7 Prozent ansteigen. Dabei bleibt das Wachstum vor allem in den Schwellenländern hoch, in der Eurozone wird es nicht zuletzt durch die gute Entwicklung in Deutschland getragen. Die Entwicklung in den USA dürfte weiter moderat verlaufen. Die strukturellen Schieflagen in einigen Ländern werden die weltwirtschaftliche Entwicklung insgesamt im Prognosezeitraum nicht ernsthaft gefährden.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird derzeit von einigen Unruhen und Ereignissen begleitet, die als eine Gefahr für die weitere konjunkturelle Entwicklung angesehen werden

können. In erster Linie zu nennen sind die verheerenden Folgen der Naturkatastrophe in Japan, aber auch die zahlreichen politischen Unruhen in Nordafrika und in einigen arabischen Ländern. Trotz dieser Ereignisse wird die weltwirtschaftliche Entwicklung auf einem weiter hohen Niveau bleiben. In diesem und im nächsten Jahr wird sich die Wachstumsrate des realen Weltwirtschaftsprodukts auf rund 4 ½ Prozent belaufen. Das reale Welthandelsvolumen wird in diesem Jahr um 8 Prozent ansteigen, im Jahr 2012 wird mit einem Anstieg von 7 Prozent gerechnet. In zahlreichen Regionen sind nach der Weltwirtschaftskrise des Jahres 2009 vermehrt Anzeichen dafür zu sehen, die auf einen stabilen und selbsttragenden Wachstumsprozess im Prognosezeitraum schließen lassen. Dabei haben allerdings vor allem wichtige Entwicklungs- und Schwellenländer einen maßgeblichen Anteil an der weltwirtschaftlichen Entwicklung:

- Trotz teilweise hoher Inflationsraten bleibt das Wachstum in den asiatischen und lateinamerikanischen Ländern hoch. Im asiatischen Raum wird die reale Wirtschaftsleistung der Entwicklungsländer in den beiden Jahren über 8 Prozent ansteigen, in den Ländern Lateinamerikas um über 4 Prozent. Die auftretenden Überhitzungstendenzen in einigen Ländern sind als ernst einzuschätzen, sie dürften im Prognosezeitraum allerdings nicht zu Korrekturen und zu einem Einbruch der Konjunktur führen.
- Die konjunkturelle Entwicklung in den USA stabilisiert sich zunehmend, auch wenn zahlreiche strukturelle Probleme – wie die Lage am Arbeitsmarkt und die der öffentlichen Haushalte – mittelfristig Sorge bereiten werden. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) dürfte sich im Prognosezeitraum auf 3 Prozent belaufen.
- Das reale BIP im Euroraum wird in diesem um 2 Prozent und im nächsten Jahr um 1 ½ Prozent ansteigen. Ungeachtet einiger Problemländer wird die solide Entwicklung der realen Wirtschaftsleistung vor allem durch die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland getragen.

Diese Prognose setzt einige Annahmen voraus. Besonders muss dabei auf drei Entwicklungen verwiesen werden:

1. Unruhen in Nordafrika: Die politischen Unruhen in Nordafrika und zuletzt in einigen arabischen Ländern stellen Umbrüche dar, die in diesem Ausmaß nicht erwartet wurden. Trotz dieser Entwicklungen wird hier die Auffassung vertreten, dass diese Ereignisse die weltwirtschaftliche Entwicklung insgesamt nicht in merklichem Ausmaß beeinträchtigen werden. Denn das weltwirtschaftliche Gewicht der nordafrikanischen Länder ist gering. Der globale Anteil der Warenexporte der vier Länder Tunesien, Marokko, Ägypten und Libyen beträgt zusammen 0,7 Prozent. Lieferengpässe, die sich als Folge der Krisen ergeben könnten, dürften nur für einige spezielle Produkte gelten und lediglich vereinzelt für

Unternehmen eine Rolle spielen, die mit diesen Ländern einen fokussierten Handel betreiben. Gesamtwirtschaftlich fällt dies allerdings kaum ins Gewicht. Eine ähnliche Argumentation dürfte die Befürchtung zurückweichen lassen, wonach die Unruhen in Libyen mitverantwortlich für den starken Anstieg des Ölpreises seien (Boysen-Hogrefe et al., 2011, 6). Libyen stand mit einem Nettoexport von gut 1,5 Millionen Barrel pro Tag an zwölfter Stelle der weltweit größten Erdölexporteure im Jahr 2009. Im Vergleich dazu exportierte der weltgrößte Erdölexporteur Saudi-Arabien täglich die fast fünffache Menge. Ein längerfristiger Produktionsausfall könnte durch die anderen führenden Erdölexporteure ausgeglichen werden, da die Situation der Lagerbestände derzeit als relativ entspannt beschrieben wird. Der jüngst stark angestiegene Ölpreis ist vielmehr das Ergebnis einer robusten konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft und eines damit einhergehenden Nachfrageanstiegs als das Ergebnis einer Angebotsverknappung.

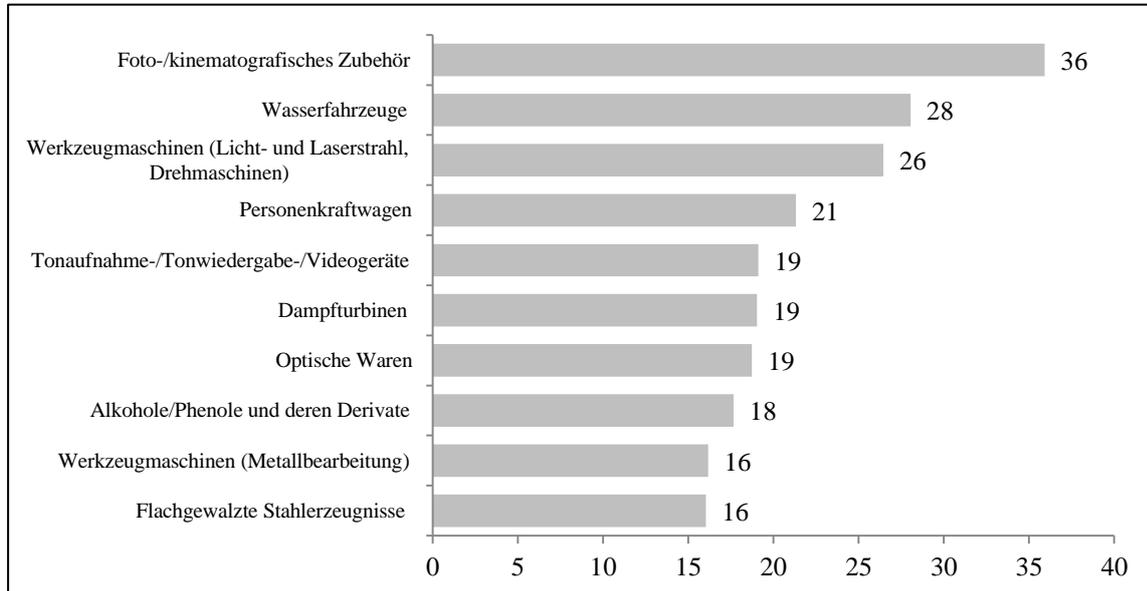
2. Naturkatastrophe in Japan: Die Katastrophe in Japan stellt aufgrund der Aufbauarbeiten eine große Herausforderung für die japanische Wirtschaft dar. Der Anstieg des realen BIP wird in diesem Jahr geringer ausfallen. Für das Jahr 2012 wird mit einem höheren Wachstum gerechnet, das sich nicht zuletzt aus den hohen Investitionserfordernissen ergeben wird. Dessen ungeachtet dürften die globalen Auswirkungen im Prognosezeitraum gering bleiben (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2011). Zwar ist Japan mit einem globalen Handelsanteil von derzeit zwischen 5 und 6 Prozent ein bedeutender Partner im internationalen Handel. Liefer- oder Abnehmerprobleme dürften vor allem die beiden wichtigsten japanischen Handelspartner China und die USA betreffen. Für Deutschland bleiben die Auswirkungen gering, da nur 1,4 Prozent der deutschen Warenexporte nach Japan exportiert werden und der Importanteil lediglich 2,8 Prozent beträgt.

Allerdings könnten sich dennoch in einigen Teilbereichen Probleme ergeben. Denn bei einem Blick auf einzelne Warengruppen hat Japan einen global dominierenden Weltmarktanteil. Dies geht aus Abbildung 1 hervor, in der auf 3-Steller-Ebene der SITC der globale Exportanteil ausgewählter japanischer Warengruppen dargestellt ist. Der Weltmarktanteil Japans liegt bei Produkten wie Werkzeugmaschinen und Personenkraftwagen bei über 20 Prozent, der Anteil bei fotografischem Zubehör sogar bei über einem Drittel. Besonders für einzelne Branchen und Unternehmen – auch aus Deutschland – können sich Produktions- und Lieferengpässe negativ auf die Geschäftsbeziehungen mit den japanischen Unternehmen auswirken und damit auch in einzelnen Branchen weltweit zu kurzfristigen Problemen führen. Allerdings wird davon ausgegangen, dass mögliche Lieferengpässe spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2011 wieder abklingen werden und dadurch die weltweite Expansion nicht nachhaltig gestört wird.

Abbildung 1

Position Japans auf ausgewählten Warenmärkten

Anteil Japans an den weltweiten Exporten ausgewählter Warengruppen im Jahr 2009 in Prozent



Quellen: UN; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

3. Verschuldung der Euroländer: Die schwierige Haushaltssituation in einigen europäischen Ländern und der insgesamt starke Anstieg der Verschuldung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben die Finanzmärkte zeitweise in Spannung versetzt. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat dazu in verschiedenen Publikationen Stellung bezogen (Busch/Jäger-Ambrożewicz/Matthes, 2010; IW Köln, 2011). Es stellt sich die Frage, wie lange die Kapitalmärkte bereit sind, die steigende Staatsverschuldung bei einer niedrigen Verzinsung und steigenden Risiken zu finanzieren. Allerdings werden die damit verbundenen Risiken derzeit als überschaubar eingeschätzt. Hierfür spricht nicht zuletzt die jüngste Aufwertung des Euro. Für den Prognosezeitraum kann davon ausgegangen werden, dass die Effekte eines Szenarios drohender Staatsinsolvenzen derzeit nicht zu einem Einbruch der konjunkturellen Entwicklung führen werden.

USA noch nicht aus dem Tal

Die Entwicklung in den USA zeigt auf den ersten Blick eine zunächst relativ stabile Entwicklung. Nachdem das reale BIP im Jahr 2010 um fast 3 Prozent angestiegen war und damit das Vorkrisenniveau bereits wieder erreicht wurde, kann auch in diesem und im nächsten Jahr mit einem Anstieg der realen Wirtschaftsleistung in Höhe von rund 3 Prozent gerechnet werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich in diesem Jahr auf über 2 Prozent belaufen. Dies kann vor allem auf die steigenden Energiepreise zurückge-

führt werden und auf die reale effektive Abwertung des US-Dollar. Die Kernrate der Inflation liegt derzeit bei gut 1 Prozent. Im Jahr 2012 wird ebenfalls mit einer gesamten Inflationsrate nahe 2 Prozent gerechnet.

Einen starken Anteil am BIP-Anstieg hatten zuletzt der Private Konsum und die Exporte, deren Entwicklung durch eine Abwertung des realen effektiven Wechselkurses begünstigt wurde. Auch die Unternehmensinvestitionen signalisieren wieder eine positive Entwicklung. Nachdem vor allem die Bauinvestitionen während der Krise dramatisch eingebrochen waren, werden die Bruttoanlageinvestitionen im Prognosezeitraum um über 6 Prozent ansteigen.

Dennoch bleiben für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der USA einige Fragen offen. Eines der zentralen Probleme stellt nach wie vor der US-Arbeitsmarkt dar, der sich im Vergleich zu früheren Nachkrisenzeiten deutlich schwächer entwickelt. So beträgt die Arbeitslosenquote derzeit nach wie vor fast 9 Prozent. Zwar wurden über die letzten Monate wieder deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen als im vergangenen Sommer, als Arbeitsplätze per saldo abgebaut wurden. Die Arbeitslosenquote dürfte jedoch auch im Jahr 2012 noch bei knapp 8 Prozent verharren. Diese weiterhin recht schwache Entwicklung dürfte vor allem die Erwartungsbildung der privaten Haushalte negativ beeinflussen. Zudem wirken nach wie vor die negativen Vermögenseffekte infolge der Krise. Die hohe Verschuldung der Privathaushalte erfordert eine Konsolidierung, die mit einer – zumindest für US-Verhältnisse – hohen Sparquote einhergehen wird. Insgesamt dürfte der Private Konsum nicht zu der alten Wachstumsstärke des Vorkrisenniveaus zurückfinden.

Die Situation der öffentlichen Haushalte ist ebenso schwierig. Neben dem verabschiedeten Konjunkturpaket bei Ausbruch der Krise hat die Finanzpolitik weitere konjunkturstützende Maßnahmen beschlossen, deren Volumen in diesem und im nächsten Jahr bei jeweils rund $2\frac{3}{4}$ Prozent des BIP liegen wird (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2011). Dies ist ein zweiseitiges Schwert. Auf der einen Seite dürften vor allem der Private Konsum, und die Investitionstätigkeit der Unternehmen kurzfristig weiter gestützt werden. Auf der anderen Seite werden aus den Stützungsmaßnahmen der US-Regierung der letzten Jahre mittelfristig schwere Hypotheken aufgebaut. Denn der US-Haushalt und die Verschuldungssituation geraten zunehmend in eine Schieflage: Im Jahr 2011 wird das Haushaltsdefizit bei fast 11 Prozent des BIP liegen. Bereits im Jahr 2010 wurde eine solche Größenordnung der Neuverschuldung nahezu erreicht. In der Folge wird sich der Bruttoschuldenstand in diesem Jahr auf rund 100 Prozent des BIP erhöhen. Damit wäre der Schuldenstand im Vergleich zum Jahr 2005 um rund 40 Prozentpunkte angestiegen. In der Folge hat ein

negativer Ausblick der Rating-Agentur Standard & Poor's im Frühjahr 2011 hinsichtlich einer möglichen Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA die Finanzmarktteilnehmer bereits aufhorchen lassen. Aus dieser Situation erwachsen für die kommenden Jahre dringend notwendige Konsolidierungsmaßnahmen, die eine der zentralen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik darstellen. Die Situation der öffentlichen Haushalte wird sich aus derzeitiger Perspektive aber nicht zu einer ernsthaften konjunkturellen Gefahr entwickeln.

Insgesamt wird der weitere Konjunkturverlauf in den USA vor allem von der Entwicklung am Arbeitsmarkt abhängen und somit auch von den binnenwirtschaftlichen Kräften. Auch wenn die Finanzpolitik im kommenden Jahr verstärkt Bremseffekte einleiten wird, besteht die berechtigte Erwartung, dass sich die konjunkturelle Entwicklung über eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt weiter stabilisiert.

Starke Impulse aus Asien

Die wirtschaftliche Lage in den asiatischen Ländern ist nach wie vor robust. Der IWF (2011) rechnet mit einem Anstieg des realen BIP in den südostasiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern einschließlich China in diesem und im nächsten Jahr von über 8 Prozent. Durch die weiterhin starke Entwicklung wurde das Vorkrisenniveau in einigen Ländern bereits im Jahr 2010 teilweise deutlich überschritten.

Vor allem auf die Entwicklung in **China**, wo das reale BIP ungeachtet des globalen Krisenjahrs 2009 im Jahr 2010 um 9 Prozent zulegte, schauen einige Beobachter aufgrund teilweise auftretender Überhitzungstendenzen mit Sorge. Das reale BIP wird in diesem und im nächsten Jahr um 9 ½ Prozent zunehmen. Aufgrund dieser Tendenzen in Teilen der chinesischen Wirtschaft versucht die Regierung, konjunkturelle Bremsmaßnahmen einzuleiten. Dies wurde deutlich anhand des jüngsten Fünfjahres-Plans, der von der chinesischen Regierung im Frühjahr 2011 vorgelegt wurde. Demnach wird bis zum Jahr 2015 ein jahresdurchschnittliches Wachstum des realen BIP von lediglich 7 Prozent angestrebt. Gestärkt werden soll gemäß dem Fünfjahres-Plan auch der Private Konsum, zum Beispiel durch hohe Lohnzuwächse, den sozialen Wohnungsbau zur Ausweitung des Angebots auf dem Immobilienmarkt und die Einkommenssituation in den ländlichen Regionen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt dürfte der Zentralregierung vor allem die Veränderung der Verbraucherpreise Sorgen bereiten, die sich im Krisenjahr 2009 noch auf -0,7 Prozent belief und 2011 auf rund 5 Prozent ansteigen wird. Die höhere Inflation wird vor allem auf einen starken Anstieg der Lebensmittel- und Nahrungspreise zurückgeführt, der zeitweilig im zweistelligen Bereich lag. Im Vergleich zu den fortgeschrittenen Industrieländern haben die Lebensmittelpreise im chinesischen Warenkorb ein Gewicht von rund 30 Prozent.

Ebenso Sorge bereitet der Anstieg der Immobilienpreise, die einige Experten bereits mit einer Preisblase kommentieren und deren Platzen zu stärkeren negativen wirtschaftlichen Folgen führen kann. Die Regierung versucht dem entgegenzuwirken, beispielsweise durch eine höhere Eigenkapitalanforderung für Immobilienkäufer, strengere Regeln für die Banken bei der Kreditvergabe oder die Einführung einer Grunderwerbsteuer.

In **Indien** spielt die hohe Inflationsrate von prognostizierten 7,5 Prozent in diesem Jahr ebenfalls eine Rolle. Die Preisentwicklung wurde durch stark ansteigende Lebensmittelpreise mitverursacht. In Indien beträgt das Gewicht dieser Güter im Warenkorb des Verbraucherpreisindex rund 50 Prozent. Insgesamt bleibt die Entwicklung des Wirtschaftswachstums allerdings robust. In diesem Jahr dürfte das reale BIP um 8 ½ Prozent zunehmen, im Jahr 2012 aufgrund initiiertes Bremseffekte der Wirtschaftspolitik um rund 8 Prozent.

In **Japan** konnte auch nach einem starken Wachstum von fast 4 Prozent im vergangenen Jahr das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht werden. Verstärkt wird die nach wie vor schwierige Situation der japanischen Wirtschaft durch die Folgen der Katastrophe, die die Wirtschaftsleistung vor allem im ersten Halbjahr 2011 bremsen wird, bevor dann ab dem zweiten Halbjahr 2011 infolge der Aufbauprogramme die reale Wirtschaftsleistung wieder Impulse erhalten wird. In diesem Jahr dürfte das reale BIP um gut ½ Prozent zunehmen. Die Folgen des Unglücks werden die reale Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um etwa 0,8 Prozentpunkte senken (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2011, 10). Im Jahr 2012 wird das reale BIP auch infolge der anstehenden Aufbauarbeiten um rund 2 Prozent ansteigen. Trotz des jüngsten Aufwertungsdrucks auf den Yen bleibt zu hoffen, dass die Auslandsnachfrage nach japanischen Produkten vor allem aus dem asiatischen Raum stark bleibt und die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt damit über den Exportsektor Wachstumsimpulse erhält, die dann über eine stärkere Investitionstätigkeit im Inland auch die binnenwirtschaftlichen Kräfte stärken werden. Die Schuldenstandsquote von rund 200 Prozent des BIP wird sich weiter erhöhen, da die Regierung mit zusätzlichen Wiederaufbauprogrammen und Stützungsmaßnahmen wie günstigen Krediten für die betroffenen Unternehmen auf die Krise reagieren muss. Ob derweil die deflationäre Entwicklung überwunden werden kann, bleibt abzuwarten. Die Verbraucherpreise dürften in diesem und im nächsten Jahr um ¼ Prozent ansteigen.

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2010	2011	2012
Deutschland	3,5	3 ½	2 ¼
Frankreich	1,5	1 ¾	1 ¾
Italien	1,3	1	1
Spanien	-0,1	¾	1 ¼
Niederlande	1,7	2	2
Belgien	2,0	2	2
Österreich	2,0	2 ¼	2 ¼
Griechenland	-4,5	-3	0
Finnland	3,1	3	2 ½
Portugal	1,4	-1	0
Irland	-1,0	0	1 ½
Euroländer ^{1) 2)}	1,7	2	1 ½
USA	2,8	3	3
Japan	3,9	½	2
Vereinigtes Königreich	1,3	1 ½	2
Kanada	3,1	3	2 ¾
Schweiz	2,6	2 ½	2 ½
Industrieländer ^{1) 3)}	2,9	2 ¼	2 ¾
China	10,3	9 ½	9 ½
Indien	10,4	8 ½	8
Russland	4,0	4 ½	4 ½
Weltwirtschaft	5,0	4 ½	4 ½
Nachrichtlich: Welthandel	12,4	8	7

1) Gewicht: BIP 2010. 2) Ohne Slowakische Republik, Slowenien, Malta, Zypern, Luxemburg und Estland. 3) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IWF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Differenziertes Bild in Europa

Die wirtschaftliche Situation in den europäischen Staaten ist derzeit durchaus robust, auch wenn sich die Wachstumsraten der einzelnen Länder teilweise deutlich von denen anderer Weltregionen unterscheiden (Tabelle 1). Aber auch in Europa zeigen sich deutliche Unterschiede vor allem im Vergleich zu früheren Jahren, in denen die derzeit mit Schwierigkeiten behafteten Länder noch als Wachstumsmeister gefeiert wurden:

- Die ehemals wachstumsstarken EU-Länder Griechenland, Spanien und Irland wurden durch die Wirtschaftskrise stark geschwächt. Die reale Wirtschaftsleistung in Griechenland wird in diesem und im nächsten Jahr zurückgehen. Spanien hatte im vergangenen Jahr ein Nullwachstum zu verzeichnen, kann allerdings in diesem und im nächsten Jahr wieder mit einem Zuwachs von knapp beziehungsweise gut 1 Prozent rechnen. Ungeachtet der schwierigen Haushaltssituation führte die Immobilienkrise durch die vorher erzeugten Überkapazitäten in Spanien zu strukturellen Verwerfungen, die nun vor allem auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten sind. Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr fast 20 Prozent betragen.
- Die konjunkturelle Situation in den nach Deutschland beiden größten Volkswirtschaften der Eurozone, Frankreich und Italien, bleibt auch im Prognosezeitraum bescheiden. In Frankreich wird das reale BIP in den Jahren 2011 und 2012 um jeweils rund 1 ¾ Prozent ansteigen. Zwar wurden die Franzosen nicht stark durch die Wirtschaftskrise getroffen. Allerdings scheint der zuvor wichtigste Wachstumstreiber, der Private Konsum, etwas aus dem Tritt gekommen zu sein. Die strukturellen Probleme in Italien, die durch eine mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichnet sind, bleiben nach wie vor bestehen. Das reale BIP dürfte sich in diesem und im nächsten Jahr um 1 Prozent erhöhen.
- Die Situation in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern ist durchwachsen. Die Länder erreichen nicht mehr die Wachstumsraten der Vorkrisenzeit, als das reale BIP um jahresdurchschnittlich rund 4 Prozent anstieg. Gleichwohl befinden sich etwa die baltischen Staaten wieder mit positiven Wachstumsraten auf einem aufsteigenden Pfad. Insgesamt erreichen die MOE-Länder im Prognosezeitraum ein Wachstum von durchschnittlich über 3 Prozent.
- In Russland führt der stark ansteigende Ölpreis zu weiteren Einnahmen, die sowohl die inländischen Wachstumskräfte als auch die öffentlichen Haushalte weiter beflügeln. Das reale BIP wird in diesem und im nächsten Jahr um 4 ½ Prozent ansteigen. Die komfortable Haushaltssituation in Verbindung mit einer niedrigen Verschuldung der öffentlichen Haushalte von lediglich gut 8 Prozent des BIP erlaubt es zudem, einer möglichen weiteren Krise entgegenzuwirken. Im Vergleich zu früheren Jahren hat sich die Inflationsrate mit knapp 7 Prozent im letzten Jahr auf ein für russische Verhältnisse niedriges Niveau reduziert. Aufgrund der soliden Arbeitsmarktsituation sowie der Konsum- und Investitionsstärke der russischen Wirtschaft wird die Teuerung mit über 9 Prozent in diesem Jahr allerdings nach wie vor hoch bleiben.

Widersprüchliche Finanzmärkte

Zum einen zeigt sich eine deutliche Besserung der Finanzmarktlage. Investoren rechnen mit nur einer geringen Aktienmarktvolatilität, Die Risikoaufschläge für Unternehmen mit geringer Bonität sind rückläufig und die Kreditvergabe ist auf Normalisierungskurs. Zum

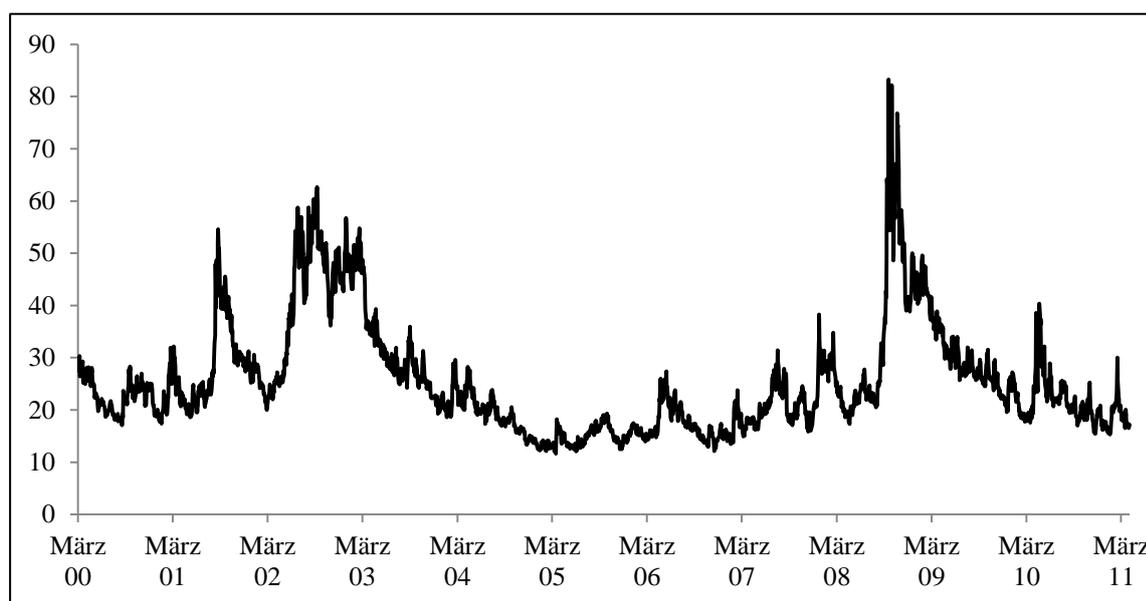
anderen sind die Zinsen für hochverschuldete Länder deutlich angestiegen, was als ein Anzeichen für eine Restrukturierung in diesen Ländern mit möglichen Rückwirkungen auf den Finanzsektor verstanden werden kann.

Die Finanzmärkte sind derzeit durch ein widersprüchliches Einerseits-Andererseits charakterisiert. Zum einen weisen zahlreiche Indikatoren und Quartalsergebnisse von Finanzinstitutionen auf eine deutliche Besserung hin, zum anderen gibt es Nester großer Nervositäten bezüglich der Anleihen von Griechenland, Irland und Portugal (GIP-Länder) im Hinblick auf die Robustheit einiger Bankengruppen und des Interbankenmarkts.

Abbildung 2

VDax-New

Erwartete Volatilität der Aktienkursentwicklung in Deutschland



Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

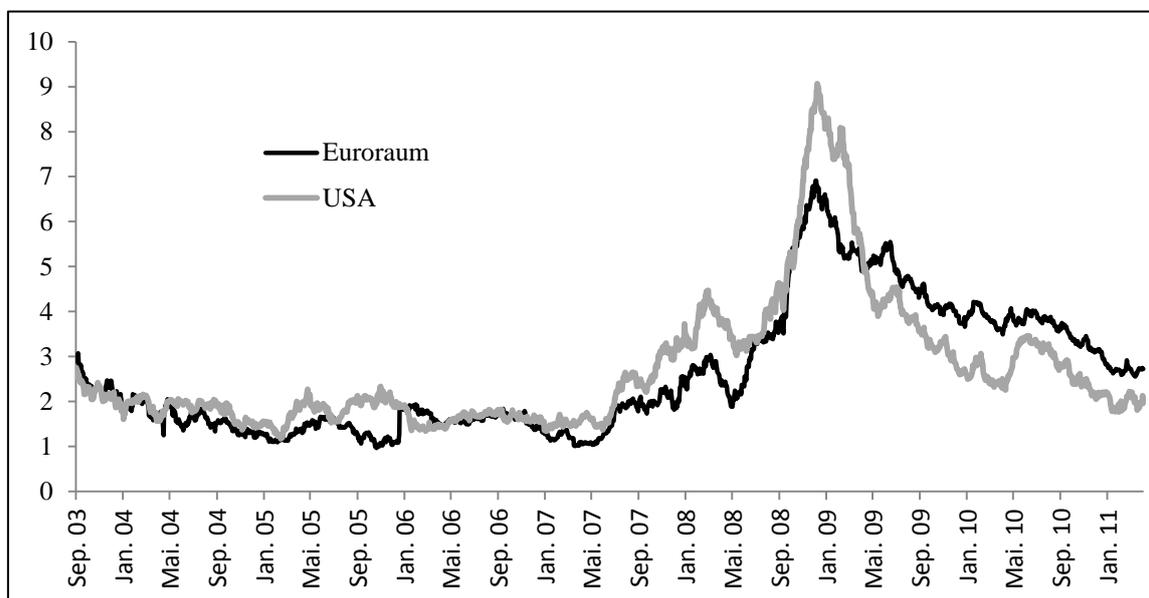
Dass sich die Lage an den Finanzmärkten beruhigt hat, ist vor allem an dem Volatilitätsindex VDax-New abzulesen (Abbildung 2). Dieser Index misst die erwartete Volatilität der Entwicklung des Aktienindex Dax und wird aus Preisen von Derivaten berechnet. Diese Finanzpreise zeigen derzeit an, dass die Investoren kaum mit volatilen Aktienkursentwicklungen rechnen. Zu einer ähnlich positiven Einschätzung kommt man auch, wenn die Spanne zwischen den Renditen auf Anleihen von Unternehmen des Euroraums der Bonitätsstufe BB und derjenigen mit der Bonitätsstufe AA betrachtet wird. Seit Ende 2008 ist diese Spanne rückläufig (Abbildung 3). Dieser Rückgang vollzieht sich nahezu unbeeindruckt von der Krise der staatlichen Anleihen von Griechenland, Irland und Portugal und weitestgehend parallel mit den staatlichen Anleihen der USA und im Eurogebiet, wobei die

etwas langsamere Reduktion im Eurogebiet mit den Verspannungen in den europäischen Anleihemärkten zusammenhängen dürfte. Die Finanzmärkte gehen offenbar davon aus, dass die Verbesserung der Solidität im realwirtschaftlichen privaten Sektor trotz der Krise einiger staatlicher Anleihen gleichmäßig voranschreitet. Vor der Krise lag diese Spanne zwischen 100 und 200 Basispunkten. Ende April 2011 lag sie mit 270 Basispunkten zwar höher als zuvor, sie ist aber dennoch nicht besonders hoch.

Abbildung 3

Risikoprämien für Unternehmensanleihen

Spanne zwischen den Renditen für Zehnjahres-Anleihen von Unternehmen mit der Bonität AA und BB im Euroraum und in den USA in Prozentpunkten



Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Auch die Entwicklung der Kreditvergabe kann als ein Merkmal einer Normalisierung im Finanzsystem angesehen werden. Ende 2008 kam es in Deutschland zu einem Einbruch der Industrieproduktion und – im Wesentlichen nachfragebedingt – zu einer Verlangsamung und schließlich sogar zu einer Reduktion der Ausleihungen der Kreditinstitute an nicht finanzielle Kapitalgesellschaften. Während die Industrieproduktion ihren Tiefpunkt im Frühjahr 2009 erreicht hatte, blieb die Entwicklung des Kreditvolumens weiterhin rückläufig, jedoch mit einer abnehmenden Rate. Im März 2011 wurde erstmals wieder ein Anstieg des Kreditvolumens gemessen. Das Kreditvolumen zeichnet also die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach. Eine angebotsseitig bedingte Reduktion der Kredite – eine Kreditklemme – wurde offenbar in Deutschland vermieden. Es ist auch davon auszugehen, dass die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten die konjunkturelle Situation auf absehbare Zeit kaum beeinflussen wird. Ob die Restrukturierung der Finanzwirtschaft – besonders die

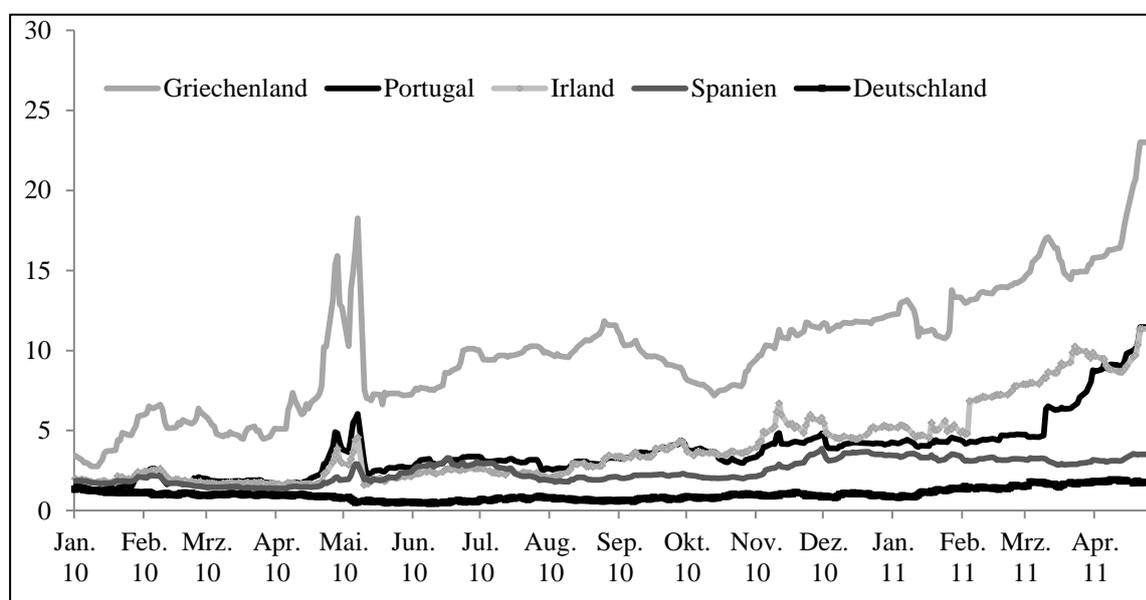
Re-Regulierung – einen Effekt auf die Finanzierung des Potenzialwachstums hat, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich abgeschätzt werden.

Auch die Angaben der Banken erlauben die Einschätzung, dass sich das Finanzsystem der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht in den Weg stellt. Gemäß dem Bank-Lending-Survey des Eurosystems haben die deutschen Banken ihre Kreditrichtlinien dreimal in Folge gelockert und die Lockerung hat sich tendenziell beschleunigt. Nur die Richtlinien für große Unternehmen sind im Wesentlichen unverändert geblieben.

Abbildung 4

Renditen für staatliche Anleihen

Renditen für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zwei Jahren in Prozent



Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Diesen positiven Entwicklungen stehen jedoch auch negative Aspekte gegenüber. Die Renditen der griechischen, portugiesischen und irischen Zweijahres-Staatsanleihen haben neue Hochstände erreicht (Abbildung 4). Diese sehr hohen Renditen lassen zwei Interpretationen zu: Investoren zweifeln einerseits daran, dass diese Länder eine Restrukturierung vermeiden können. Die Anleihepreise würden dementsprechend eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit anzeigen. Andererseits kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Anleihemarkt überreagiert und die Renditen das Merkmal einer Funktionsstörung sind, weil beispielsweise Herdeneffekte zu einem übermäßigen Verkauf oder zu einer übermäßigen Kaufzurückhaltung führen. Möglicherweise ist beides der Fall. An den Kreditausfallversicherungen für bestimmte Finanzinstitutionen können ebenfalls noch Verspannungen abgelesen werden. Während beispielsweise die CDS-Prämien für die Deutsche Bank und die

UBS auf unter 100 Basispunkte gefallen sind, bleiben die Prämien für die Commerzbank, die Unicredit und die Bank Santander trotz der Verringerung gegenüber Jahresanfang 2011 relativ hoch bei rund 150 Basispunkten.

Dass das Finanzsystem noch nicht so funktioniert, wie es sollte, ist auch daran abzulesen, dass die Zentralbanken der GIP-Länder – besonders die Zentralbank von Irland – überproportional an der Liquiditätsversorgung im Euroraum engagiert sind. Den irischen Banken ist die Refinanzierung über den Interbankenmarkt verstellt, sodass sie auf die irische Zentralbank angewiesen sind. Dieser Verschiebung in der Euro-Liquiditätsversorgung (Deutsche Bundesbank, 2011a, 34) entspricht ein Anstieg der sonstigen Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber dem Eurosystem. Während diese Forderungen vor der Finanzkrise einen Wert von 40 Milliarden Euro sehr selten und nur geringfügig überschritten, belaufen sie sich gegenwärtig auf über 300 Milliarden Euro. Die Bundesbank ermöglicht den Zentralbanken der GIP-Länder die Versorgung ihrer lokalen Banken. Im Idealfall sollte dies durch den Interbankenmarkt gewährleistet werden. Es wird zwar die Einschätzung geteilt, dass sich aus diesen Forderungen nur sehr theoretische Ausfallrisiken ergeben (Deutsche Bundesbank, 2011a, 34). Trotzdem zeigt die Verschiebung die anhaltenden Probleme des europäischen Bankensystems an. Zudem ist die Spanne zwischen dem Euribor und dem Eurepo auf unter 30 Basispunkte gefallen und hält sich seit längerem auf diesem Niveau.

Geldpolitik in der Wende

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich früher als erwartet für eine Zinserhöhung entschieden, und es wird davon ausgegangen, dass sie weitere Zinsschritte vornehmen wird. Der Leitzins wird voraussichtlich bis Ende des Jahres 2011 auf 1,75 Prozent steigen und im Jahr 2012 bei über 2 Prozent liegen. Dass sich die EZB vor dem Hintergrund der steigenden Inflation – diese lag im Eurogebiet im April 2011 bei 2,8 Prozent – für einen Zinsschritt entschieden hat, ist nachvollziehbar, denn der geldpolitische Realzins wäre andernfalls stark negativ. Die Eonia-Swapsätze liefern unter normalen Umständen einen guten Eindruck von der zukünftigen Geldpolitik. Bei einem solchen Swapgeschäft tauschen die Kontrahenten jeweils für eine bestimmte Laufzeit ein festes Zahlungsverprechen in Höhe des Swapsatzes gegen die durchschnittliche Eonia-Verzinsung. Am Eonia-Swapsatz konnte man im letzten Jahr krisenbedingt kaum den zukünftigen Pfad der Geldpolitik ablesen. Beispielsweise lag er im Zeitraum 2009 bis Anfang dieses Jahres stets deutlich unter dem Leitzins von 1 Prozent, sodass auch die Swapsätze nicht den Leitzinspfad vorzeichnen konnten. Der Swapsatz dürfte noch immer keinen besonders genauen Eindruck von der zu erwartenden Geldpolitik abgeben. Trotzdem liegt die folgende Interpretation der Struktur

der Swapsätze nahe: Der Eonia-Swapsatz für drei Monate belief sich am 4. Mai 2011 auf 1,32 Prozent, der für sechs Monate auf 1,40 Prozent und der für zwölf Monate auf 1,66 Prozent. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Geldmärkte nicht mit einem steilen Anstieg der Leitzinsen rechnen. Wenn es bei den hier prognostizierten Leitzinserhöhungen bleibt, dann ist noch immer von einer (bezogen auf den Leitzins) angemessenen Geldpolitik zu sprechen.

Ungebremste Erholung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2011 um gut 3 Prozent und im Jahr 2012 um 2 ¼ Prozent expandieren. Der Außenhandel strebt dabei von Rekord zu Rekord. Allerdings nimmt die Bedeutung des Außenbeitrags für das Wachstum mehr und mehr ab – nur rund ein Viertel des Zuwachses beim realen BIP speist sich aus dem Exportüberschuss. Bei den Investitionen zeigt sich eine breit angelegte und kräftige Erholung. Bemerkenswert ist die Dynamik beim Wohnungsbau, die sich auch aus der Zuwanderung ergibt. Nicht zuletzt zeigt sich hier aber auch die gute Arbeitsmarktentwicklung, die den Privaten Konsum – trotz der höheren Inflation – ebenfalls kräftig belebt.

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das Jahr 2011 gestartet und setzt damit die bereits vor fast zwei Jahren einsetzende Erholung nach dem starken Wirtschaftseinbruch vom Winterhalbjahr 2008/2009 ungebremst fort. Im ersten Quartal 2011 lag das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP um 1,5 Prozent über dem Wert des Vorquartals. Dies ist erheblich höher als die durchschnittliche Wachstumsrate seit dem zweiten Quartal 2009, als die aktuelle Erholung einsetzte. Früher als erwartet wurde im ersten Quartal 2011 der Höhepunkt des letzten Aufschwungs im ersten Quartal 2008 leicht übertroffen. Der gegenwärtige Aufschwung wird sowohl von der Industrie als auch von dem Dienstleistungssektor angetrieben (Abbildung 5):

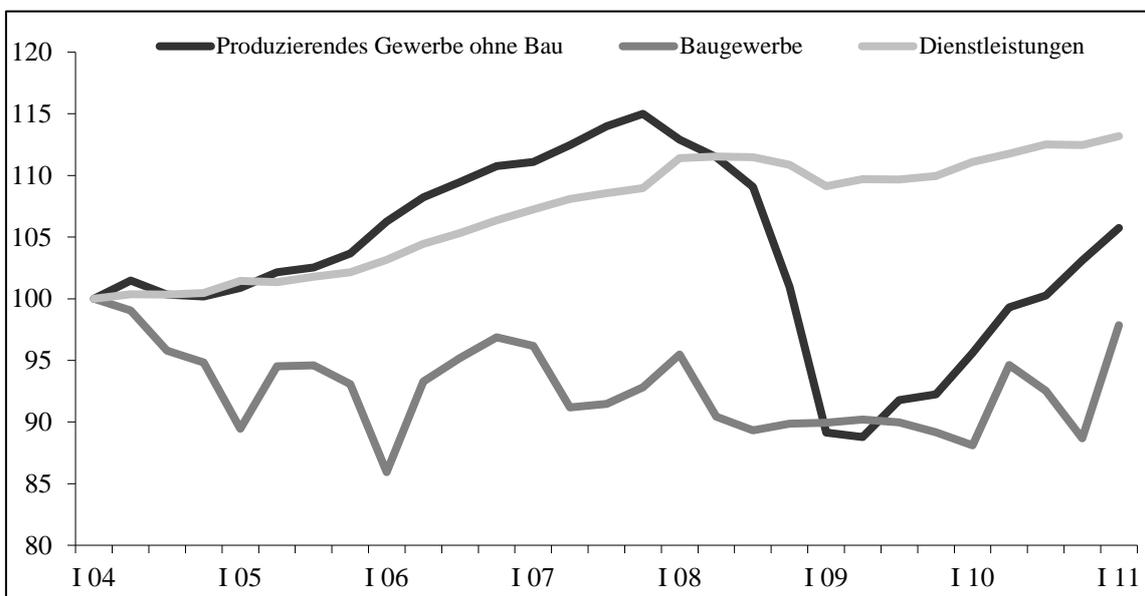
- Seit dem zweiten Quartal 2009 stieg die reale Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) mit kurzen Pausen im vierten Quartal 2009 und im dritten Quartal 2010 durchgehend an. Im Durchschnitt war ein Wachstum je Quartal gegenüber dem Vorquartal in Höhe von 2,5 Prozent zu verzeichnen. Im ersten Quartal 2011 lag die reale Wertschöpfung der Industrie um fast 20 Prozent über dem Tiefpunkt des ersten Halbjahres 2009, allerdings auch noch um 8 Prozent unter dem Niveau vom Schlussquartal 2007, das bezogen auf die Industrie den Höhepunkt in dem der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise vorausgehenden Aufschwung darstellt.
- Auch an dem Dienstleistungssektor ging die globale Krise nicht spurlos vorbei. Allerdings waren die Beeinträchtigungen im Vergleich zur Industrie sehr moderat. Seit dem ersten Quartal 2009 ist hier eine nahezu stetige Expansion zu beobachten. Das durchschnittliche Wachstum der realen Bruttowertschöpfung je Quartal gegenüber dem Vorquartal beläuft sich auf 0,4 Prozent.

- Das Baugewerbe setzte seine Seitwärtsbewegung, die mehr oder weniger seit dem Jahr 2005 zu beobachten war, fort. Dabei zeigten sich im gesamten Betrachtungszeitraum immer wieder markante Ausreißer, die entweder durch wirtschaftspolitische Maßnahmen – Abschaffung der Eigenheimzulage, Vorzieheffekte wegen der Mehrwertsteuererhöhung, staatliche Konjunkturprogramme – oder durch außergewöhnlich starke Witterungseinflüsse – wie der vergleichsweise harte Winter im ersten und vierten Quartal 2010 – bedingt waren. Dies gilt auch für das erste Quartal 2011, das zum Teil die starken witterungsbedingten Einbrüche vom vierten Quartal 2010 ausglich.

Abbildung 5

Entstehungsseite des BIP in Deutschland

Entwicklung der preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttowertschöpfung;
Index 1. Quartal 2004 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Neuer Rekord beim Außenhandel

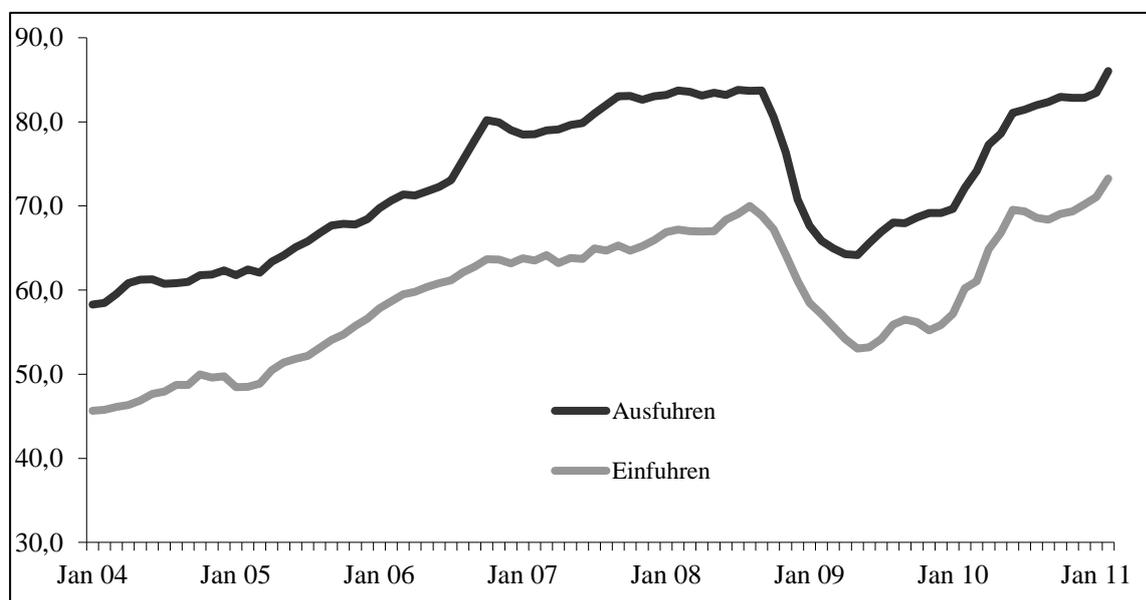
Mit Blick auf den deutschen Außenhandel wurden die Beeinträchtigungen durch die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bereits im Jahr 2010 ausgeräumt. Die kräftige Erholung der Weltwirtschaft und der damit wieder in Fahrt kommende Welthandel haben die Exporttätigkeit der deutschen Unternehmen kräftig belebt. Im Jahr 2010 übertrafen die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen den Vorjahreswert um 14,1 Prozent. Damit konnte der Einbruch in Höhe von 14,3 Prozent im Jahr 2009 zwar noch nicht ausgeglichen werden, das reale Exportvolumen des Jahres 2007 wurde aber bereits wieder übertroffen. Bei den Importen markiert das Jahr 2010 bereits ein neues Rekordjahr. In preisbereinigter

Betrachtung wurden die Jahresdurchschnitte von 2007 und 2008 übertroffen. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die realen Importe im Jahr 2010 um 12,6 Prozent an. Dies zeigt ein weiteres Mal, dass der deutsche Außenhandel keine Einbahnstraße ist. Deutschland ist nicht nur ein exportstarkes Land, sondern auch für viele Länder ein wichtiger Kunde. Gut 57 Prozent der deutschen Warenimporte stammten im Jahr 2010 aus den 27 EU-Ländern. Von den französischen Exporten geht ein Siebtel nach Deutschland, bei Österreich ist es sogar ein Drittel.

Abbildung 6

Deutsche Warenausfuhren und Wareneinfuhren

Saisonbereinigter, gleitender Drei-Monats-Durchschnitt, in Milliarden Euro, nominal



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Ein Blick auf die monatlich vorliegenden nominalen Warenausfuhren und Wareneinfuhren (Abbildung 6) zeigt zum einen das rasante Wachstumstempo in der ersten Jahreshälfte 2010. Zum anderen wird aber deutlich, dass sich das deutsche Auslandsgeschäft zunächst in der zweiten Jahreshälfte 2010 auf dem fast schon wieder erreichten Rekordniveau eingerichtet hatte. Erst zuletzt war wieder ein deutlicher Auftrieb zu verbuchen. Möglicherweise zeigten sich bereits wieder Kapazitätsgrenzen, die eine weitere und schnelle Expansion des Auslandsgeschäfts zunächst bremsen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland und die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen für das Jahr 2011 stimmen jedenfalls zuversichtlich:

- Die preis- und saisonbereinigten Auslandsaufträge der Industrie lagen trotz des Rückgangs im März im ersten Quartal 2011 um 1,5 Prozent über dem Wert des vorangegangenen Quartals und um 18,7 Prozent über dem Vorjahreswert.

- Die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen gemäß der IW-Frühjahrsumfrage haben sich seit Herbst 2010 kaum verändert. Nach wie vor gehen nur rund 6 Prozent der Unternehmen von niedrigeren Ausfuhren im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr aus. Erwarteten im Herbst 2010 gut 39 Prozent der Betriebe höhere Exporte, waren es im Frühjahr 2011 fast 41 Prozent. Die zuversichtlichen Exporterwartungen in der Industrie haben sich verbessert, im Bau- und Dienstleistungsbereich fallen sie dagegen etwas schlechter aus als im Herbst 2010. Nach wie vor bildet der Investitionsgüterbereich die Avantgarde bei den Exportaussichten. Hier gehen fast 72 Prozent von einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr aus, und nur gut 2 Prozent sehen geringere Ausfuhren in diesem Jahr.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung und der vorliegenden Auftragseingänge und Unternehmenserwartungen kann für den deutschen Außenhandel ein weiterhin positives Erwartungsbild gezeichnet werden. Folgende Entwicklungen und Annahmen für den Prognosezeitraum 2011 und 2012 sind dabei zu berücksichtigen:

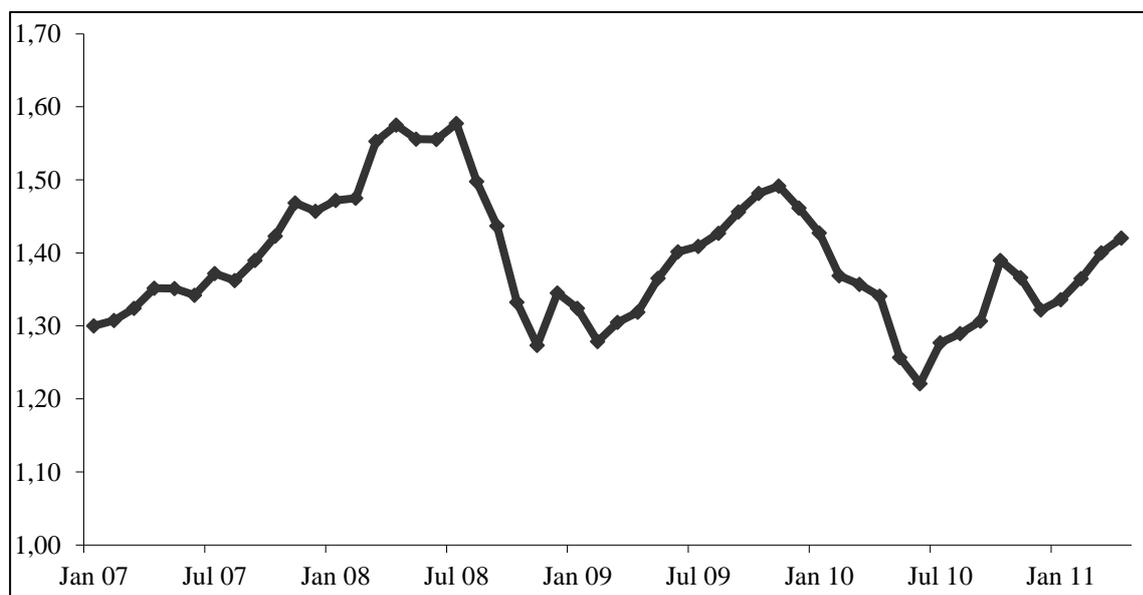
1. Die Weltwirtschaft wird weiter expandieren. Die globale Wirtschaftsleistung wird im Jahr 2011 und im Jahr 2012 um jeweils 4 ½ Prozent zulegen. Auch in diesen beiden Jahren kommen die höchsten Wachstumsbeiträge aus den aufstrebenden Volkswirtschaften. Der preisbereinigte Welthandel wird in diesem Jahr um 8 Prozent und im kommenden Jahr um 7 Prozent wachsen. Dies bildet ein stabiles Umfeld für das deutsche Auslandsgeschäft.
2. Allerdings wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Prognosezeitraum nicht merklich verbessern. Der kräftige Anstieg der Lohnstückkosten im Jahr 2009 wurde im Jahr 2010 kaum kompensiert, sodass die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten im Jahr 2010 um gut 4 Prozent über dem Wert des Jahres 2008 lagen. Beim Blick auf das Verarbeitende Gewerbe, das hinsichtlich des Auslandsgeschäfts im Vordergrund steht, konnte der starke Anstieg der Lohnstückkosten im Jahr 2009 – gegenüber dem Vorjahr war ein Plus von über 15 Prozent zu verzeichnen – ein Stück weit zurückgeführt werden. Im Jahr 2010 sanken die Lohnstückkosten um rund 8 Prozent. Sie lagen noch um knapp 6 Prozent über dem Niveau des Jahres 2008. Die Tendenz deutlich sinkender Lohnstückkosten wird im Jahr 2011 auslaufen, sodass die industriellen Lohnstückkosten auch im Jahr 2012 noch merklich über dem Niveau von 2008 liegen werden.
3. Auch die Entwicklung der Wechselkurse wird die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft im weiteren Prognosezeitraum nicht begünstigen. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar seit der Jahresmitte 2010, mit einer Unterbrechung im vierten Quartal 2010, durchgehend aufgewertet (Abbildung 7). Im Mai 2011 notierte der Euro zwischen

1,40 und 1,45 US-Dollar. Das entspricht einer markanten Aufwertung gegenüber dem letzten Tiefpunkt im Juni 2010, als der Euro bei 1,22 US-Dollar stand. Im weiteren Verlauf wird von einer leichten Korrektur der jüngsten Entwicklung ausgegangen. Im Prognosezeitraum 2011 und 2012 wird der Euro in einer Bandbreite von 1,40 bis 1,50 US-Dollar rangieren.

Abbildung 7

Wechselkurs des Euro

US-Dollar je Euro



Quellen: Europäische Zentralbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Das weiterhin günstige globale Umfeld und die zuversichtlichen Exporterwartungen der Unternehmen lassen im Prognosezeitraum eine ansteigende Ausfuhrstätigkeit erwarten. Die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2011 um 11 Prozent zulegen. Im Jahr 2012 wird der Vorjahreswert um 5 ½ Prozent übertroffen. Damit bleiben die Exporte auf Rekordjagd. Die nur noch halb so hohe Wachstumsrate im Jahr 2012 spiegelt wider, dass die deutschen Exporteure zum Teil an Kapazitätsgrenzen stoßen werden. Bei den realen Importen wird für das Jahr 2011 ein Plus von 10 ¼ Prozent erwartet, und im Jahr 2012 werden sie um 5 ¼ Prozent expandieren. Damit legt der Außenbeitrag in nominaler und realer Rechnung zu. Der Beitrag des Außenbeitrags zum Wirtschaftswachstum wird allerdings nachlassen.

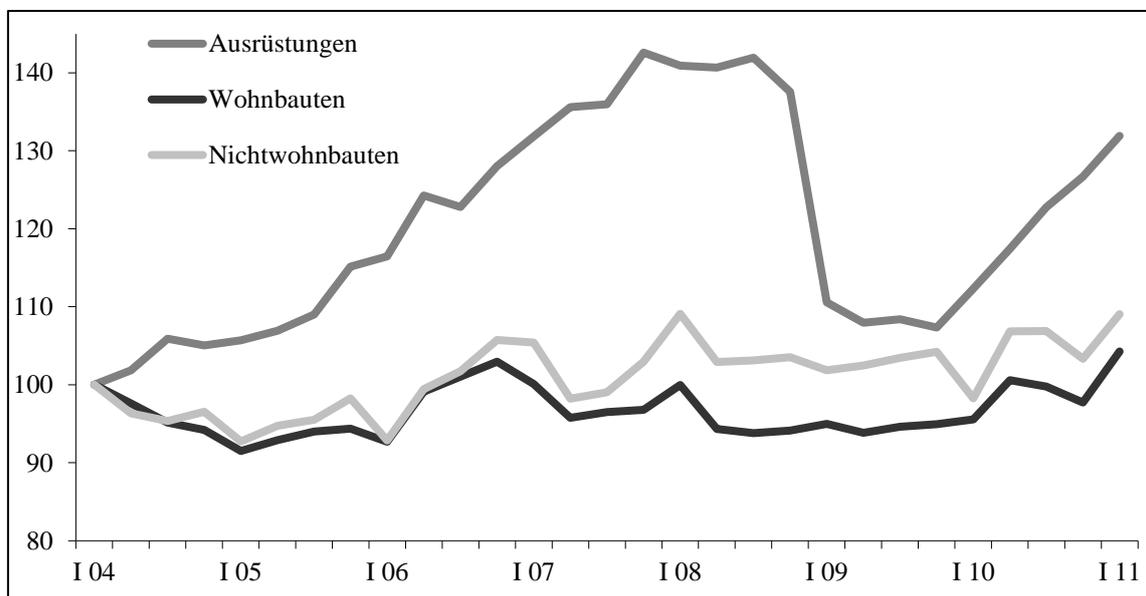
Hohe Dynamik bei Investitionen

Entgegen der Erwartungen vom Frühjahr 2010 war bereits im gesamten Jahr 2010 eine ausgeprägte Erholung der Investitionstätigkeit in Deutschland zu beobachten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen stiegen gegenüber dem Jahr 2009 um fast 11 Prozent an. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, dass im Jahr 2009 die realen Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um fast 23 Prozent einbrachen. Das war bei Weitem der stärkste Einbruch seit dem Jahr 1950. Abbildung 8 zeigt, dass das gesamte Jahr 2010 und auch das erste Quartal 2011 von einem durchgehenden Anstieg der preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Ausrüstungsinvestitionen gekennzeichnet war. Dagegen wurde das Jahr 2009 nach dem starken Einbruch im ersten Quartal noch von einer Seitwärtsbewegung auf diesem niedrigen Niveau geprägt. Offensichtlich waren die Nachfrageimpulse aus dem Inland und Ausland bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 stark genug, um zeitverzögert die dargestellte schnelle und kräftige Erholung der Investitionstätigkeit auszulösen. Die weitere Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland wird von folgenden Faktoren beeinflusst:

Abbildung 8

Investitionstätigkeit in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen; Index 1. Quartal 2004 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

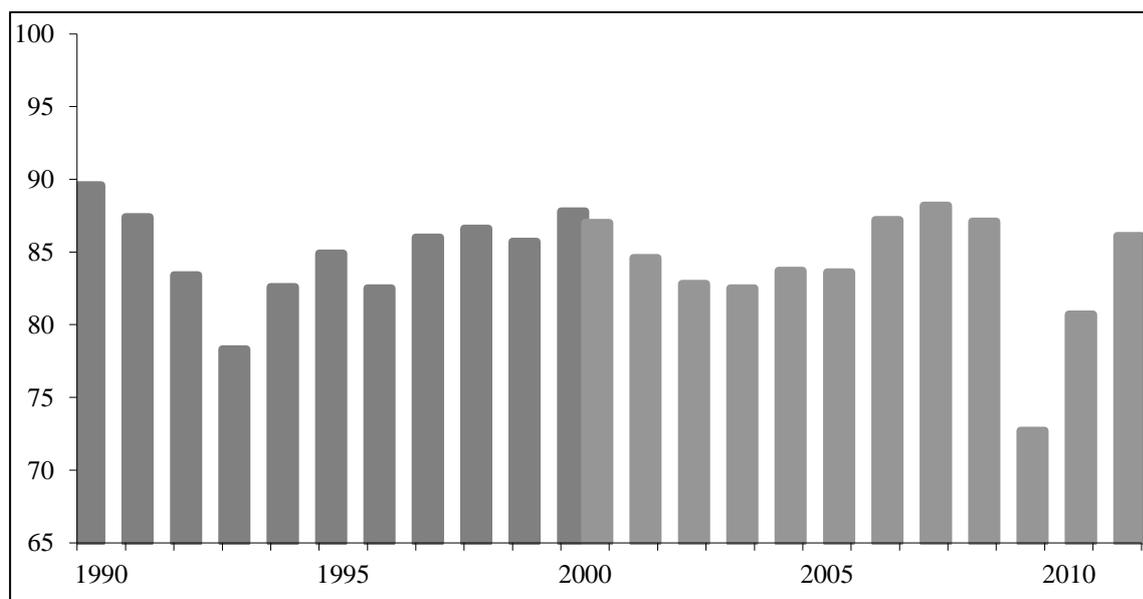
1. Die Kapazitätsauslastung der Industrie übertraf mit einem Wert von 86 Prozent im ersten Quartal 2011 den langjährigen Durchschnitt bereits wieder deutlich (Abbildung 9). Nach Werten von 87 bis 88 Prozent in den Jahren 2006 bis 2008 rutschte die Kapazi-

tätsnutzung im Jahr 2009 mit knapp 73 Prozent auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Mit den nunmehr wieder überdurchschnittlich ausgelasteten Kapazitäten wird neben der permanenten Modernisierung auch die Erweiterung des Produktionspotenzials in den Vordergrund rücken.

Abbildung 9

Kapazitätsauslastung der Industrie in Deutschland

Kapazitätsauslastung in Prozent der betriebsüblichen Vollaussnutzung¹⁾



1) 1990 bis 2000: Westdeutschland, ab 2000: Deutschland; 2011: Durchschnittswert von Januar und April; Jahresdurchschnitte auf Basis saisonbereinigter Daten für Januar, April, Juli und Oktober; Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Quellen: ifo; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



2. Die Sicherheit von Zulieferketten ist für moderne Industrieunternehmen, die meist hochfragmentierte Wertschöpfungsketten aufgebaut haben, unabdingbar. Die Naturkatastrophe in Japan hat diese Notwendigkeit noch weiter akzentuiert. Dies gilt ebenso für die potenziellen Beeinträchtigungen der Transportwege infolge des internationalen Terrors. All dies stärkt mittelfristig die Anreize für inländische Investitionen.
3. Die positive Gewinnentwicklung der Unternehmen, die gleichwohl auch noch als eine Kompensation der krisenbedingten Gewinnrückgänge und Verluste zu verstehen ist, erleichtert die Eigenfinanzierung der Unternehmen und setzt zudem Anreize für die Modernisierung und Erweiterung der Produktionskapazitäten.
4. Die Finanzierung der Investitionen wird auch im weiteren Betrachtungszeitraum nicht unter einer eingeschränkten Kreditvergabe der Kreditinstitute leiden. Dies war bisher kein nennenswertes Problem. Die noch bestehenden Unsicherheiten im Bankenbereich

werden auch weiterhin keine Kreditklemme auslösen. Vielmehr hat sich die Kreditvergabe an Unternehmen infolge der kräftigen konjunkturellen Erholung ausgeweitet.

5. Die Investitionserwartungen der Unternehmen in Deutschland haben sich gemäß der IW-Umfrage weiter verbessert. Für das Jahr 2011 erwarten gut 46 Prozent der befragten Firmen zunehmende Investitionen. Nur noch gut 10 Prozent planen für dieses Jahr ein geringeres Investitionsbudget. Auch hier liefert der Investitionsgüterbereich das beste Bild. Freilich waren in diesem Bereich die größten Beeinträchtigungen während der Krise zu beobachten.

Das gute makroökonomische Umfeld wird die Investitionstätigkeit in Deutschland weiterhin beleben. Vor allem die mehr und mehr ausgelasteten Kapazitäten führen dazu, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2011 den Vorjahreswert um 11 Prozent übertreffen. Für das Jahr 2012 ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Gegenüber dem Vorjahr werden die Ausrüstungsinvestitionen um 6 Prozent expandieren. Damit wird zum Jahresende 2012 fast wieder das preisbereinigte Durchschnittsniveau der Ausrüstungsinvestitionen im Boomjahr 2008 erreicht.

Bauinvestitionen weiter im Aufwind

Beim Blick auf die Jahresdurchschnittswerte ergibt sich für die realen Bauinvestitionen im Jahr 2010 ein positives Bild. Insgesamt konnte das Vorjahresniveau um 2,8 Prozent übertroffen werden. Im Jahr 2009 gingen dagegen die Bauinvestitionen um 1,5 Prozent zurück. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung im vergangenen Jahr bleibt das preisbereinigte Investitionsvolumen nach wie vor weit hinter dem der 1990er Jahre zurück. Das Wachstum der Bauinvestitionen zeigte sich im vergangenen Jahr nicht in allen großen Sparten: Die preisbereinigten Wohnungsbauinvestitionen stiegen um 4,3 Prozent an, nachdem sie in den vorhergehenden drei Jahren durchweg rückläufig waren. Im Jahr 2010 wurde wieder das Niveau von 2006 und zugleich mehr oder weniger der Durchschnitt der vergangenen Dekade erreicht. Auch beim Gewerbebau kam es im Jahr 2010 zu einer Erholung. Die realen Investitionen stiegen um gut 2 Prozent, nachdem sie im Jahr 2009 infolge der Wirtschaftskrise um 4,5 Prozent zurückgegangen waren. Der öffentliche Bau ist von einer gegenläufigen Entwicklung gekennzeichnet. Infolge der zunächst noch durch den Boom gut gefüllten öffentlichen Kassen und der kriseninduzierten Konjunkturprogramme legten die realen öffentlichen Bauinvestitionen im Jahr 2008 um 4,7 Prozent und im Jahr 2009 um 5 Prozent zu. Der Rückgang im Jahr 2010 resultierte zum einen aus Grundstücksverkäufen des Staates an den privaten Sektor, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Investitionen – und in diesem Fall mit einem negativen Beitrag – gebucht werden

(Räth/Braakmann, 2011). Zum anderen litten die öffentlichen Baumaßnahmen unter den konjunkturbedingten Einnahmeverlusten der Kommunen.

In den Jahren 2011 und 2012 wird für die einzelnen Bausparten von folgender Entwicklung ausgegangen:

1. Der Wohnungsbau wird seinen eingeschlagenen Aufwärtstrend fortsetzen. Die Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven der privaten Haushalte haben sich im Gefolge des kräftigen Aufschwungs deutlich verbessert. Hinzu kommt die zusätzliche Wohnungsnachfrage, die durch die zunehmende Zuwanderung in nächster Zeit entsteht. Vor allem in den Ballungszentren wird dies den Wohnungsbau anregen. Zudem liefern die aktuell wieder anziehenden Rohstoffpreise und die Perspektive, dass sich diese Entwicklung nicht wieder zurückbildet, verstärkt Anreize, in die Gebäudesanierung zu investieren. Und auch das Hypothekenzinsniveau wird trotz der höheren Inflationsraten auf absehbare Zeit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau bleiben.
2. Der Wirtschaftsbau bleibt im Gefolge des allgemein zuversichtlichen Investitionsklimas im Aufwärtstrend. Die wieder stärkeren Erweiterungsinvestitionen lösen in allen Sektoren zusätzliche Bauinvestitionen aus.
3. Der öffentliche Bau wird dagegen mehr und mehr die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen abbremsen. Die notwendigen Konsolidierungszwänge werden sich trotz der wieder anziehenden Staatseinnahmen infolge der guten Konjunkturlage in erster Linie bei den öffentlichen Investitionen niederschlagen. Zum Teil wirken noch die Konjunkturprogramme nach, merkliche Impulse fallen allerdings nicht mehr an.

Die Bauinvestitionen werden in 2011 und 2012 zu einer deutlichen Konjunkturstütze. Im Vergleich zum Vorjahr werden in realer Rechnung Zuwächse von 2 ½ Prozent in diesem Jahr und von 2 Prozent in 2012 zu verzeichnen sein. Dabei kommen die größten Impulse aus dem Wohnungsbau – zum einen wegen seines hohen Gewichts von 57 Prozent an den gesamten Bauinvestitionen und zum anderen aufgrund seiner im Vergleich mit anderen Bausparten deutlich höheren Wachstumsrate.

Konsum trotz Inflation

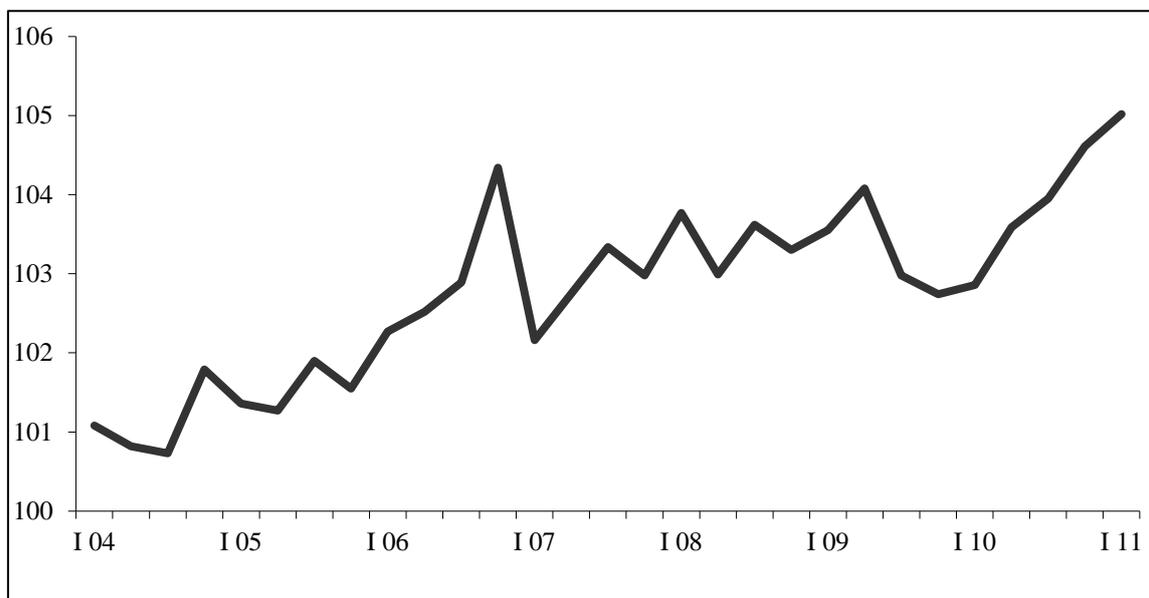
Das gesamte Jahr 2010 war von einem durchgängigen Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte geprägt (Abbildung 10). Je Quartal stiegen die preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Konsumausgaben um durchschnittlich knapp 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal an – am stärksten im zweiten und dritten Quartal 2010. Im Jahresdurchschnitt konnte das Vorjahresergebnis in realer Rechnung um 0,4 Prozent übertroffen werden. Diese erfreuliche Entwicklung setzte sich im ersten Quartal 2011 fort. Das reale

Konsumniveau erreichte das höchste Niveau seit dem Jahr 1991 – wenngleich der gesamte Zuwachs seitdem im Vergleich mit den Exporten, Importen und den Investitionen gering ausfiel. Das Jahr 2009 war dagegen von deutlichen Auf- und Abwärtsbewegungen beim Privaten Konsum gekennzeichnet, die sich auch aus den staatlichen Maßnahmen ergaben – zum Beispiel durch die Umweltprämie für PKW („Abwrackprämie“). Nunmehr ist beim Konsum eine von staatlichen Einflüssen weitgehend unbeeinflusste Entwicklung eingetreten, die sich in erster Linie aus der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung ergibt. Für den Prognosezeitraum 2011 und 2012 sind folgende Einflussgrößen relevant:

Abbildung 10

Konsumentwicklung in Deutschland

Entwicklung des preis- und saisonbereinigten Privaten Konsums; Index 2000 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

1. Die Arbeitsmarktentwicklung wird den Privaten Konsum weiterhin stark unterstützen. Es entstehen neue Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit nimmt ab und die Lohnabschlüsse erhöhen zusätzlich das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen. Die einsetzende Zuwanderung wird den Wohnungsmarkt und die Konsumausgaben in Deutschland anregen.
2. Mit Blick auf die Steuern und Sozialabgaben wird es in den Jahren 2011 und 2012 keine merklichen Einkommenseffekte geben.
3. Die Vermögenseinkommen werden infolge der guten Konjunktur- und Gewinnentwicklung in den Jahren 2011 und 2012 das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte merklich beleben. Auch die leicht anziehenden Zinseinnahmen schlagen positiv zu Buche.

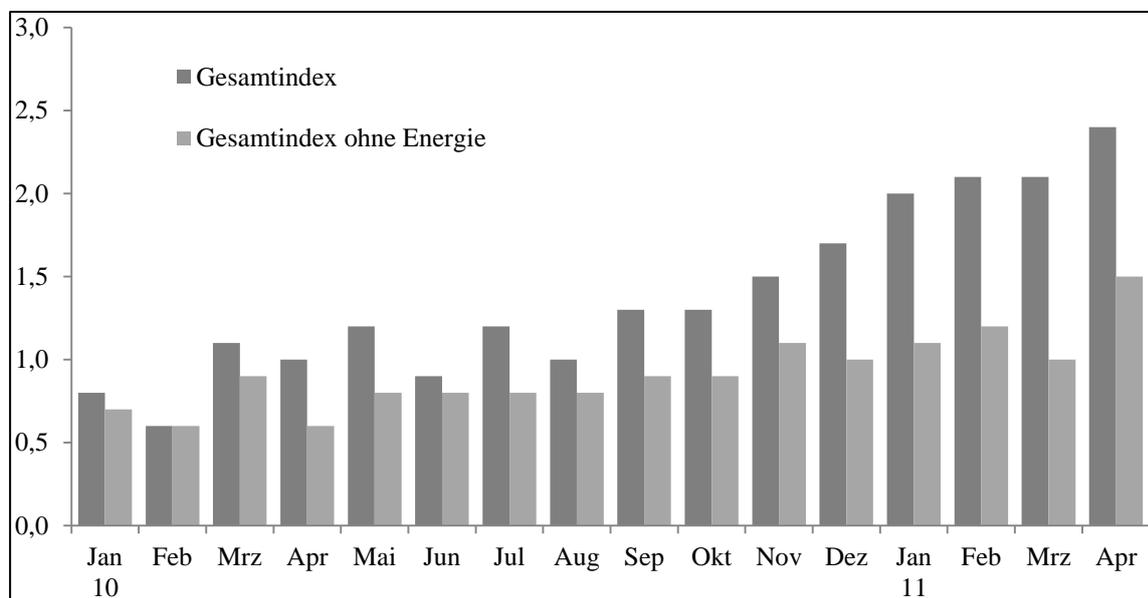
4. Die Spartätigkeit wird in den Jahren 2011 und 2012 expandieren, aber hinter der Einkommensentwicklung zurückbleiben, sodass sich die Sparquote der privaten Haushalte auf gut 11 Prozent zurückbildet. Die weiterhin guten Konjunkturaussichten lösen diese Normalisierung der Spartätigkeit aus, die gemessen an der Sparquote infolge der Krise deutlich angestiegen war.

5. Allerdings wird die Teuerung die von der Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung induzierte Konsumdynamik abbremsen. Die Verbraucherpreise sind vor allem seit dem Jahresende 2010 infolge der wieder deutlich anziehenden Energie- und Rohstoffpreise angestiegen (Abbildung 11). Dabei zeigt sich, dass die Kerninflationsrate, bei der hier die Energiepreise unberücksichtigt bleiben, nicht im Ausmaß der gesamten Teuerungsrate anstieg. Für das Jahr 2011 wird von einer Erhöhung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr in Höhe von knapp 2 ½ Prozent ausgegangen. Im kommenden Jahr wird die Inflationsrate 2 Prozent betragen, da sich die Teuerung der Energie- und Rohstoffpreise im bisher beobachteten Tempo nicht fortsetzen wird. Es wird unterstellt, dass es zu keinen Zweitrundeneffekten bei der Inflation kommen wird.

Abbildung 11

Inflation in Deutschland

Entwicklung des Verbraucherpreisindex mit und ohne Energiepreise im Jahr 2010 und 2011, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Trotz des energie- und rohstoffpreisbedingten Kaufkraftverlusts wird der Private Konsum in den Jahren 2011 und 2012 ein wesentlicher Treiber der konjunkturellen Entwicklung in

Deutschland sein. In diesem Jahr resultiert 1 Prozentpunkt des Zuwachses beim realen BIP aus dem Privaten Konsum, im Jahr 2012 wird sich der Wachstumsbeitrag auf 0,8 Prozentpunkte belaufen. Der preisbereinigte Private Konsum wird im Vergleich mit dem Vorjahr im Jahr 2011 um 1 ¾ Prozent und 2012 um 1 ½ Prozent zulegen.

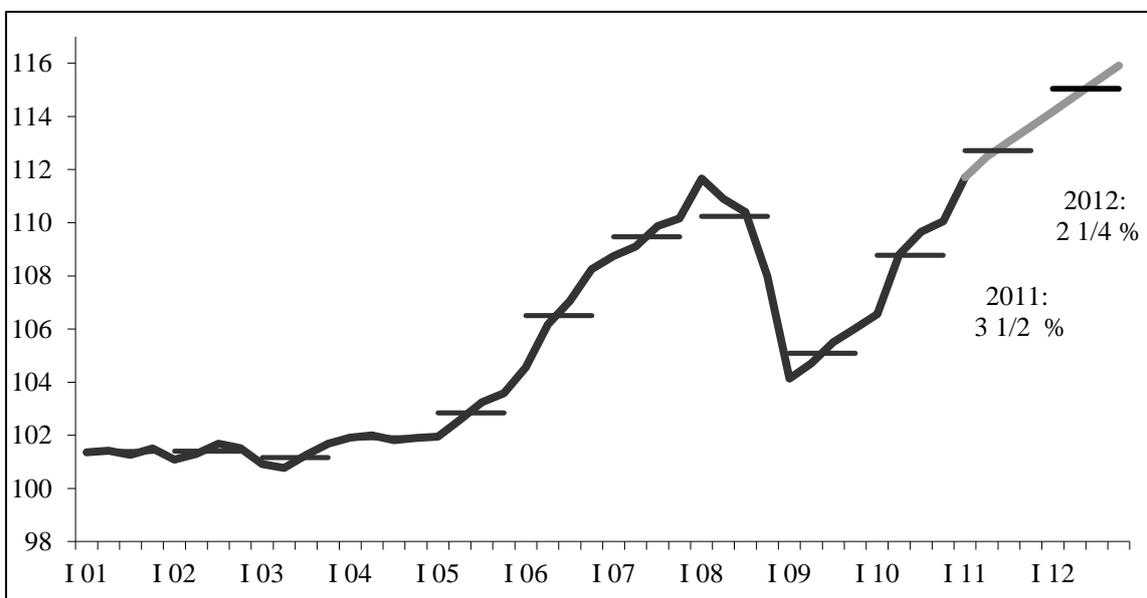
Verstetigung der Erholung

Die Ergebnisse der Frühjahrsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln untermauern dieses dargestellte positive Konjunkturbild: In Westdeutschland gehen 62 Prozent der Unternehmen von einer höheren Wirtschaftsleistung im Jahr 2011 aus als im Vorjahr, in Ostdeutschland sind es 55 Prozent. Im Westen erwarten knapp 9 Prozent einen Rückgang im Jahr 2011, im Osten sind es gut 10 Prozent. Damit erreicht der Saldo aus positiven und negativen Produktionsmeldungen überall einen neuen Rekordwert. Das hohe Übergewicht der optimistischen Unternehmen zeigt sich in allen Wirtschaftsbereichen. Vor allem der Investitionsgüterzweig strotzt vor Zuversicht: Gut 82 Prozent dieser Firmen erwarten eine Expansion der Produktion und nur gut 2 Prozent einen Rückgang.

Abbildung 12

BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; Index 2000 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In Deutschland zeigt sich im Prognosezeitraum 2011 und 2012 ein breit angelegter wirtschaftlicher Aufschwung. Der Außenhandel erfreut sich an der boomenden Weltwirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft nutzt ihre strukturellen Vorteile, die noch vor kurzer Zeit von einigen auf den Prüfstand gestellt wurden. Es zeigen sich vielmehr bereits die aus den Jahren 2006 bis 2008 bekannten Kapazitätsgrenzen. Der Auslastungsgrad des Produktionspotenzials nimmt Kurs auf die Rekordhöhen von vor der Krise. Die hohe Auslandsnachfrage und die angebotsseitigen Produktionsgrenzen führen schließlich dazu, dass auch die Inlandskonjunktur mehr und mehr Eigendynamik entwickelt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Beschäftigung steigen an und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Damit kommen auch der Private Konsum und der Wohnungsbau in Fahrt. Die steigende Zuwanderung gibt dafür noch zusätzliche Impulse. Die bereits wieder hohe Kapazitätsnutzung stimuliert auch die Investitionstätigkeit. Und nicht zuletzt begünstigen Unsicherheiten hinsichtlich zuverlässiger Lieferketten die Investitionen am Standort Deutschland. Diese Eigendynamik in Kombination mit dem guten weltwirtschaftlichen Umfeld hält die deutsche Wirtschaft im Prognosezeitraum auf einem soliden Wachstumskurs.

Vor dem Hintergrund des makroökonomischen Umfelds, der Entwicklung in den einzelnen Verwendungsaggregaten des BIP und der Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2011 wird davon ausgegangen, dass sich die konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 2011 und 2012 in Deutschland verstetigt. Es muss gleichwohl nochmals darauf hingewiesen werden, dass sich diese Entwicklung nicht in einem risikofreien Raum abspielt. Es dominieren derzeit allerdings die zuversichtlich stimmenden Determinanten. Diese Rahmenbedingungen schlagen sich schließlich in einem Wachstum des realen BIP im Jahr 2011 in Höhe von gut 3 ½ Prozent nieder (Abbildung 12). Im Jahr 2012 wird die deutsche Wirtschaft um 2 ¼ Prozent expandieren.

Zuwanderung stärkt den Arbeitsmarkt

Die Anzahl der Erwerbstätigen wird in Deutschland im Jahr 2011 um knapp 1 ½ Prozent und im Jahr 2012 um knapp 1 Prozent ansteigen. Dabei geht das Arbeitskräfteangebot aus demografischen Gründen zurück. Die verstärkte Zuwanderung nach der Gewährung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union begünstigt die positive Arbeitsmarkt- und Produktionsentwicklung in Deutschland. Die Anzahl der Arbeitslosen wird sich im Jahresdurchschnitt 2012 auf rund 2,6 Millionen Personen oder 6 Prozent der Erwerbspersonen belaufen.

Der Arbeitsmarkt konnte im vergangenen Jahr die im Zuge der Krise eingetretene, geringfügige Eintrübung des Jahres 2009 vollständig ausgleichen. Die Erwerbstätigkeit, die zuvor ohnehin kaum rückläufig war, erreichte 2010 einen neuen historischen Höchststand von 40,5 Millionen Personen. Der Zuwachs von rund 210.000 Erwerbstätigen wurde noch übertroffen von dem Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die um mehr als 330.000 Personen zunahm, darunter 140.000 Vollzeitbeschäftigte. Die nicht sozi-

alversicherungspflichtige Beschäftigung, darunter zum Beispiel die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, ging hingegen zurück. Die Anzahl der Arbeitslosen konnte den leichten Anstieg von 2009 wettmachen und lag im Jahr 2010 sogar unter dem Niveau von 2008. Die Anzahl von 3,24 Millionen Arbeitslosen markierte den niedrigsten Stand seit 1992.

Die Chancen stehen gut, dass im Jahr 2011 eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu beobachten sein wird:

- Erstens stieg die Erwerbstätigkeit im Jahresverlauf 2010 weitgehend kontinuierlich an. Im Ergebnis profitiert das Jahr 2011 von einem (statistischen) Überhang. Die saisonbereinigte Anzahl der Erwerbstätigen zur Jahreswende lag um 240.000 Personen über dem Jahresdurchschnitt 2010. Auch wenn im weiteren Jahresverlauf 2011 keine weitere Steigerung der Erwerbstätigkeit erfolgen wird, ergibt sich ein rechnerischer Zuwachs im Jahresdurchschnitt von 0,6 Prozent. Ein vergleichbarer Effekt nur mit umgekehrtem Vorzeichen zeigt sich bei der Arbeitslosigkeit.
- Zweitens deuten alle Frühindikatoren darauf hin, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter steigt. Der BA-X Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit, der auf Stellenangeboten der Unternehmen basiert, erreichte im Frühjahr 2011 den höchsten Wert seit Beginn seiner Berechnung im Jahr 2005. Ebenfalls auf hohem Niveau ist die Anzahl der Zeitarbeitnehmer, die der übrigen Beschäftigung um einige Monate vorausläuft.

Von größerer Unsicherheit ist dagegen die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots gekennzeichnet. Die demografische Komponente lässt das Erwerbspersonenpotenzial um rund 110.000 Personen sinken (Fuchs et al., 2011, 7). Andere Rechnungen veranschlagen den Rückgang sogar auf 200.000 Personen. Dagegen steht der langfristige Anstieg der Erwerbsneigung vor allem von Frauen und Älteren, der aber die demografische Schrumpfung nicht kompensieren kann. Ohne Zuwanderung wird diese Lücke kaum zu schließen sein. In den Jahren 2008 und 2009 verzeichnete Deutschland jedoch eine Nettoabwanderung. Die Gewährung der Freizügigkeit gegenüber den im Mai 2004 zur Europäischen Union beigetretenen ost- und mitteleuropäischen Staaten verändert ab Mai 2011 die Ausgangslage. Der noch bestehende, beträchtliche Einkommensunterschied zusammen mit dem Fehlen gesetzlicher Zuwanderungsbeschränkungen wirkt als Einwanderungsanreiz.

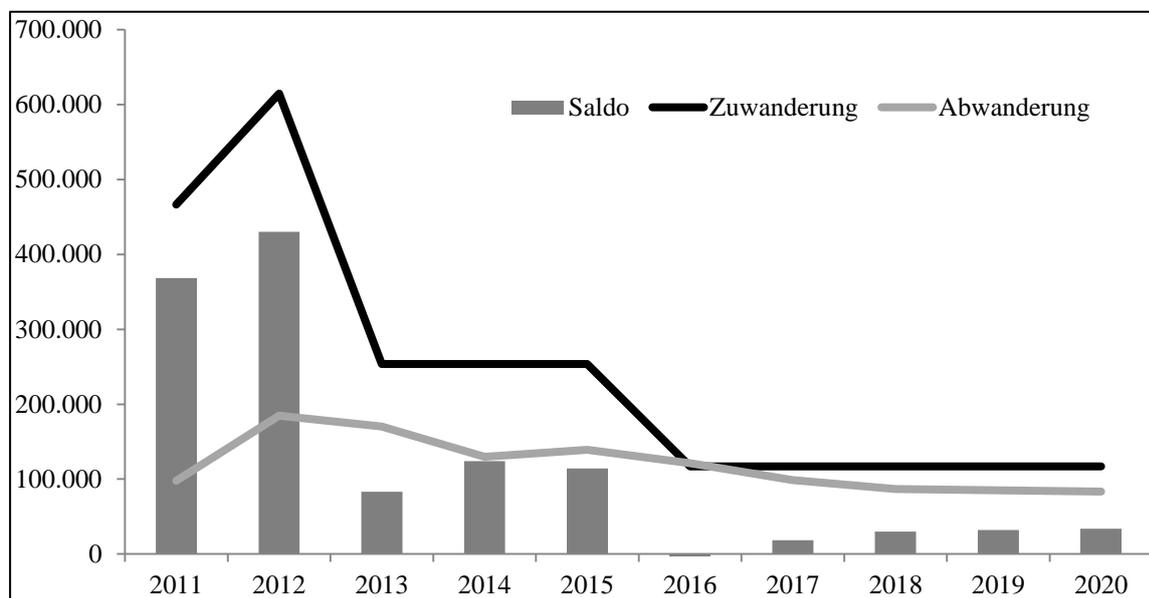
Zur quantitativen Abschätzung der zu erwartenden Zuwanderung aus den EU-Beitrittsstaaten liegt eine Reihe von Studien vor. Sie veranschlagen die jährliche Nettozuwanderung nach dem Beitritt auf etwa 150.000 Personen, wobei das langfristige Gleichgewicht bei etwa 1,8 Millionen zugewanderten Personen liegt. Die meisten Untersuchungen berücksichtigen jedoch nicht, dass durch die frühzeitige Öffnung der Arbeitsmärkte im

Vereinigten Königreich, Schweden und Irland im Jahr 2004 die Migrationsströme möglicherweise bereits dauerhaft umgelenkt worden sind. Eine aktualisierte, modellbasierte Schätzung kommt zu dem Ergebnis, dass bis 2020 nur noch mit 380.000 bis 900.000 Zuwanderern aus den acht im Jahr 2004 beigetretenen Ländern Osteuropas zu rechnen ist (Baas/Brücker, 2010). Hinzu kommen allerdings noch die Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, die ab 2014 Freizügigkeit genießen.

Abbildung 13

Migration von und nach Deutschland

IW-Schätzung der Migration von Staatsangehörigen¹⁾ ausgewählter osteuropäischer Länder²⁾ von und nach Deutschland, in Personen



1) Nur Personen im erwerbsfähigen Alter. 2) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien.

Quellen: Eurobarometer; Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Eine alternative Schätzung besteht in der Nutzung von Umfragedaten. Auf Basis einer Befragung im Rahmen des Eurobarometers 72.5, die Ende 2009 durchgeführt wurde, ist eine aktualisierte Schätzung möglich, in der die Folgen der Finanzkrise bereits berücksichtigt sind. Aus den Angaben der Befragten zur allgemeinen Migrationsneigung, dem Zeitpunkt der beabsichtigten Migration, der voraussichtlichen Bleibedauer und dem bevorzugten Zielland lässt sich ein differenziertes Migrationsszenario für Deutschland berechnen (Schäfer, 2011). Demnach ergibt sich in den zwei Jahren unmittelbar nach Herstellung der Freizügigkeit ein Bugwelleneffekt: Die Nettozuwanderung in den Jahren 2011 und 2012 kann zwar bis zu 800.000 Personen betragen, ebbt in den nachfolgenden Jahren aber deutlich ab (Abbildung 13). Im gesamten beobachteten Zeitraum bis 2020 ergibt sich eine kumulierte

Zuwanderung von 1,2 Millionen Personen im Erwerbsalter. Diese Zuwanderung ist allerdings nur dann zu erwarten, wenn alle Personen ihre Migrationsabsichten auch in die Tat umsetzen. Wahrscheinlich ist jedoch, dass zumindest ein Teil seine Absichten verwerfen wird. Aus früheren Befragungen geht hervor, dass sich in dieser Hinsicht bis zu 50 Prozent letztlich doch anders entscheiden (Kahanec/Zaiceva/Zimmermann, 2010, 23).

Wird von einer vorsichtig kalkulierten Nettozuwanderung von jeweils 200.000 Personen in den nächsten beiden Jahren ausgegangen und wird weiterhin angenommen, dass 70 Prozent der Zuwanderer erwerbstätig werden und dabei eine Produktivität von 70 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts erzielen, ergäbe sich daraus ein Wachstumsbeitrag zum BIP von je $\frac{1}{4}$ Prozent. Die Wertschöpfungsverluste von gegebenenfalls verdrängten einheimischen Arbeitskräften müssten allerdings gegengerechnet werden. Erfahrungen aus dem Vereinigten Königreich und Simulationsrechnungen für Deutschland zeigen, dass solche negativen Nebenwirkungen nur in begrenztem Umfang zu erwarten sind (Schäfer, 2011). Im besten Fall hilft die Zuwanderung in einem Kontext hoher Arbeitskräftenachfrage, entstehende Fachkräfteknappheiten abzumildern.

Tabelle 2

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2010	2011	2012	2011	2012
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	40.483	41.050	41.410	1 $\frac{1}{2}$	1
Arbeitszeit (in Stunden)	1.419	1.427	1.424	$\frac{1}{2}$	– $\frac{1}{4}$
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	57,43	58,58	58,97	2	$\frac{3}{4}$
Reales BIP	–	–	–	3 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{4}$
Reales BIP je Erwerbstätigen	–	–	–	2	1 $\frac{1}{2}$
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	–	–	–	1 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{1}{2}$
Erwerbslose nach ILO (in 1.000)	2.930	2.570	2.330	–	–
Erwerbslosenquote (in Prozent)	6,8	6	5 $\frac{1}{4}$	–	–
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	3.238	2.870	2.620	–	–
Arbeitslosenquote (in Prozent)	7,7	6 $\frac{1}{2}$	6	–	–

Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das fortgesetzte hohe Wachstum im Jahr 2011 kann in größerem Umfang als 2010 zu einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit führen – auch dank der Impulse der Zuwanderung aus den

mittel- und osteuropäischen Ländern. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird um fast 1 ½ Prozent zunehmen (Tabelle 2). Hinzu kommt eine Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeit, die sich im Wesentlichen aus dem Abbau der noch vorhandenen Kurzarbeit speist. Im Ergebnis kann der Arbeitsmarkt einen Wachstumsbeitrag zum realen BIP von 2 Prozentpunkten beisteuern. Da die Anzahl der Erwerbspersonen durch Zuwanderung steigt, sinkt die Arbeitslosigkeit nicht in gleichem Maß wie die Zunahme der Erwerbstätigkeit. Erschwerend kommt hinzu, dass die verbleibenden Arbeitslosen zu einem höheren Anteil Vermittlungshemmnisse wie geringe Qualifikation, Langzeitarbeitslosigkeit oder gesundheitliche und soziale Problemlagen aufweisen. Die Wiedereingliederung Arbeitsloser ohne zusätzliche Reformen bei der Arbeitsmarktpolitik und bei den Arbeitsanreizen im Bereich der sozialen Grundsicherung wird zusehends schwieriger und teurer. Dennoch wird die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2011 unter die Marke von 3 Millionen sinken. Im Jahr 2012 wird sich die expansive Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage fortsetzen – allerdings mit leicht abgeschwächter Dynamik. Da darüber hinaus der Überhangeffekt geringer ausfällt als in diesem Jahr, erreicht das Wachstum der Erwerbstätigkeit nur noch knapp 1 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitszeit sinkt kalenderbedingt geringfügig. Im Ergebnis steigt das Arbeitsvolumen um ¾ Prozent. Die Anzahl der Arbeitslosen wird angesichts der stabilen positiven Arbeitsmarktentwicklung weiter sinken. Im Jahresdurchschnitt 2012 wird mit 2,6 Millionen Arbeitslosen gerechnet. In einzelnen Monaten kann die Grenze von 2,5 Millionen unterschritten werden.

Rascher Defizitabbau bei hohem Schuldenstand

Die Defizite der öffentlichen Haushalte in Deutschland gehen im Prognosezeitraum spürbar zurück – 2012 sogar auf ½ Prozent des BIP. Der Hauptgrund dafür sind die konjunkturell bedingt stark steigenden Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen. Echte Ausgabenkürzungen finden hingegen nicht statt. Trotz sinkender Defizite bleibt die Verschuldungsquote weiterhin auf einem hohen Niveau.

Im Jahr 2010 betrug das Defizit der öffentlichen Haushalte in Deutschland 82 Milliarden Euro und war damit um fast ein Drittel niedriger, als gemäß der IW-Prognose vom Frühjahr 2010 erwartet wurde (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2010). Diese positive Entwicklung setzt sich im Prognosezeitraum fort. In den Jahren 2011 und 2012 werden sich die Defizite jeweils gegenüber dem Vorjahr mehr als halbieren (Tabelle 3). 2012 wird mit 15 Milliarden Euro voraussichtlich sogar einer der günstigsten Haushaltssalden seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Defizitquote beträgt dann ½ Prozent des BIP. Nur in den Boomjahren 2000 – in dem zusätzlich die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen anfielen –, 2007 und 2008 schnitten die öffentlichen Haushalte besser ab und erzielten Überschüsse.

Den größten Beitrag zu der erfolgreichen Konsolidierung leistet der starke Zuwachs der **Einnahmen**. Im Jahr 2011 nehmen diese voraussichtlich um 53 Milliarden Euro und im Jahr 2012 um 42 Milliarden Euro zu. Der Anstieg betrifft sowohl die Steuern als auch die Sozialbeiträge, allerdings nicht im gleichen Ausmaß. Der Anstieg der Steuern ist mit fast 35 Milliarden Euro in 2011 und weiteren 30 Milliarden Euro in 2012 deutlich stärker ausgeprägt. Dies ist vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erholung nach dem durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten Einbruch der Steuereinnahmen um 25,6 Milliarden Euro im Jahr 2009 nicht weiter verwunderlich.

Tabelle 3

Staatskonto für Deutschland

	2010	2011	2012
in Milliarden Euro			
Einnahmen	1.082,1	1.135	1.177
Steuern	568,3	603	633
Sozialbeiträge	420,3	441	452
Ausgaben	1.164,1	1.172	1.192
Arbeitnehmerentgelt	181,8	186	191
Soziale Leistungen	654,7	662	670
Bruttoinvestitionen	39,0	40	41
Finanzierungssaldo	-82,0	-37	-15
in Prozent des BIP			
Abgabenquote	38,9	39	39
Staatsquote	46,6	45	44
Finanzierungssaldo	-3,3	-1 ½	-½

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Außerdem trägt das Zukunftspaket der Bundesregierung zu höheren Steuereinnahmen bei. Es beinhaltet das Haushaltsbegleitgesetz 2011, die Einführung der Kernbrennstoffsteuer und eine geplante Besteuerung des Finanzmarktes. Insgesamt werden durch diese Maßnahmen in den Entwürfen für 2011 und 2012 Steuermehreinnahmen von 5,5 und 7,4 Milliarden Euro erwartet. Es bestehen aber Unsicherheiten, ob diese Mehreinnahmen vollständig realisiert werden können. Zum Beispiel sind die Auswirkungen der zunächst vorübergehenden und danach möglicherweise endgültigen Abschaltung einiger Kernkraftwerke auf das Aufkommen der Kernbrennstoffsteuer noch nicht absehbar. Dennoch werden man-

gels besserer Ansätze in der vorliegenden Prognose die vom Gesetzgeber veranschlagten Aufkommenswirkungen übernommen.

Anders als die Steuern verzeichneten die Einnahmen aus Sozialbeiträgen auch während der Krise leichte Zuwächse. Die gute Beschäftigungsentwicklung bewirkte bereits 2010 einen Anstieg um 10,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2011 wird er mit 21 Milliarden Euro deutlich höher ausfallen, bevor er 2012 wieder auf ein Plus von 11 Milliarden Euro absinkt. Der im Vergleich deutlich höhere Anstieg im Jahr 2011 wird nicht nur durch die gute Beschäftigungsentwicklung ausgelöst, sondern auch durch die Anhebungen der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2011 von 2,8 auf 3 Prozent und zur Gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 Prozent. Die Beitragssatzerhöhung in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird 2011 für Mehreinnahmen von rund 6 Milliarden Euro sorgen. Bei der Arbeitslosenversicherung wird der um 0,2 Punkte höhere Satz zu zusätzlichen Einnahmen von rund 2 Milliarden Euro führen. Entlastungen beim Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung können für das Jahr 2012 in Aussicht gestellt werden, ihre politische Umsetzung ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch ungewiss. Dem stehen mögliche Mehrbelastungen der Versicherten im Zuge der anstehenden Pflegereform entgegen. Insgesamt dürften die beitragsrechtlichen Veränderungen 2011/2012 aus heutiger Sicht kaum so gravierend ausfallen, dass sie den Privaten Konsum oder sogar die gesamte konjunkturelle Entwicklung signifikant beeinflussen können.

Trotz aller Bekenntnisse zur Haushaltskonsolidierung und der starken Ausweitung der öffentlichen Ausgaben im Zuge der Wirtschaftskrise steigen die **Ausgaben** im Prognosezeitraum weiter an. Im Jahr 2011 beträgt der Zuwachs zwar nur 8 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. In 2009 wurden aber 53 Milliarden Euro und 2010 noch 25 Milliarden Euro mehr ausgegeben als im jeweiligen Vorjahr. Durch die Bekämpfung der Wirtschaftskrise stieg das Niveau der Staatsausgaben um 78 Milliarden Euro. Darin waren auch temporäre Maßnahmen wie die Konjunkturprogramme enthalten, die nun auslaufen. Trotzdem sinken die Ausgaben nicht, sondern sie stabilisieren sich auf einem hohen Niveau. Konnte das hohe Ausgabenniveau zwischenzeitlich mit der Bekämpfung der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gerechtfertigt werden, so verliert dieser Begründungszusammenhang inzwischen zunehmend an Bedeutung. Aber statt echter Einsparungen finden – wenn überhaupt – nur Umschichtungen unter den Ausgabenarten statt.

Die Zunahme des größten Ausgabenpostens, der sozialen Leistungen, gestaltet sich im Prognosezeitraum mit jährlichen Wachstumsraten von 1,2 Prozent moderat. Die Ausgaben der Gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung wachsen in etwa wie der Durchschnitt

aller Sozialversicherungszweige, die Wachstumsraten der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung liegen deutlich darüber und die der Arbeitslosenversicherung deutlich darunter. Trotz der überdurchschnittlichen Wachstumsrate ist in der Gesetzlichen Krankenversicherung weder in diesem noch im nächsten Jahr mit außerordentlichen Belastungen zu rechnen, wie sie zuletzt durch die Aufstockung des Budgets für die ambulante Versorgung entstanden sind. Die jüngsten Kostendämpfungsmaßnahmen sollen allein im Bereich der Arzneimittelausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung Einsparpotenziale von bis zu 2 Milliarden Euro pro Jahr mobilisieren. Auch insgesamt hat sich die Kassenlage der gesetzlichen Sozialversicherung aufgrund der günstigen Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung weiter entspannt.

Bei den übrigen Ausgabenkategorien gibt es ebenfalls meist kleine Zuwächse. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst nicht von der Entwicklung in der Privatwirtschaft abkoppelt, und es werden im Prognosezeitraum jährlich um rund 4,5 Milliarden Euro zunehmende Arbeitnehmerentgelte unterstellt. Bei den Investitionen erfolgt pro Jahr eine Zunahme von rund 1 Milliarde Euro. Dadurch sollen die Auswirkungen der jüngst von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende berücksichtigt werden.

Mit den geringeren Defiziten sinkt auch der Schuldenstand in Relation zum BIP. Im Jahr 2010 betrug die Staatsverschuldung nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1.998,8 Milliarden Euro (Statistisches Bundesamt, 2011). In der Abgrenzung des Europäischen Stabilitätspakts waren es sogar 2.080 Milliarden Euro (Deutsche Bundesbank, 2011b). Dies entspricht 81,2 oder 83,2 Prozent des BIP. Auf Basis der vorliegenden Prognose ist in den Jahren 2011 und 2012 mit einem jährlichen Rückgang der Schuldenstandsquote um 2 Prozentpunkte zu rechnen. Die Bundesregierung geht in ihrem Stabilitätsprogramm nur von einem jährlichen Rückgang um 1 Prozentpunkt aus (BMF, 2011a).

Insgesamt gestaltet sich der Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte wenig ambitioniert. Dies zeigt sich daran, dass die Bundesregierung an ihren ursprünglichen Projektionen festhält, die für 2011 ein maximal zulässiges strukturelles Defizit von 45,8 Milliarden Euro ausweisen (BMF, 2011b). Tatsächlich wäre aber auf Basis des Haushaltsabschlusses 2010 im Jahr 2011 nur ein strukturelles Defizit von maximal 33 Milliarden Euro zulässig (Deutsche Bundesbank, 2011c). Der Bund hat sich auf diese Weise einen komfortablen Spielraum geschaffen. Da der Haushaltsplan des Bundes 2011 eine Nettokreditaufnahme von insgesamt 48,4 Milliarden Euro vorsieht, wird der durch die Schuldenbremse vorgegebene Abbaupfad wahrscheinlich eingehalten. Gleiches gilt für das Jahr 2012. Dann steht

einer geplanten Nettokreditaufnahme von 31,5 Milliarden Euro eine maximal zulässige strukturell bedingte Nettokreditaufnahme von 39 Milliarden Euro gegenüber.

Außerdem sind die im Zukunftspaket enthaltenen Ausgabenkürzungen vergleichsweise gering. Sie übersteigen zwar die diskretionären Steuererhöhungen und nehmen im Zeitraum 2011 bis 2014 von 5,4 auf 16,0 Milliarden Euro zu. Sie reichen aber nicht aus, um im Prognosezeitraum einen Ausgabenrückgang zu bewirken. Den Hauptbeitrag zu dem Konsolidierungserfolg leisten folglich die konjunkturell bedingt stark steigenden Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen. Somit stellt die konjunkturelle Entwicklung gleichzeitig auch das größte Risiko für das langfristige Gelingen der Konsolidierung dar.

Wirtschaftspolitische Leitlinien

Die Geldpolitik ist gefordert, angesichts höherer Inflationsraten infolge der gestiegenen Rohstoffpreise Zweitrundeneffekten entgegenzuwirken. Die Finanzpolitik muss die konjunkturbedingt höheren Steuereinnahmen zur Konsolidierung der Staatsschulden verwenden. Der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) darf nicht als Weg in eine Transferunion missbraucht werden. Er darf Staatsanleihen illiquider Staaten, aber nicht die von insolventen Staaten aufkaufen. In der Energiepolitik muss ein beschleunigter Ausstieg aus der Kernenergie durch verstärkte Investitionen in konventionelle und alternative Energietechniken begleitet werden, um eine Schwächung des Produktionspotenzials zu vermeiden.

Das Tempo der wirtschaftlichen Erholung der deutschen Volkswirtschaft ist erfreulich hoch und stärker, als es noch im Herbst des letzten Jahres erwartet wurde. Die positiven Auswirkungen sind vor allem am Arbeitsmarkt spürbar. Auf bestimmten regionalen und qualifikatorischen Teilarbeitsmärkten herrscht bereits Arbeitskräfteknappheit, und Vollbeschäftigung ist nicht mehr nur eine ferne Vision, sondern wieder eine realistische Option für die nächsten Jahre. Auch die öffentlichen Haushalte profitieren von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Steuereinnahmen sprudeln unerwartet stark, und die Ausgaben steigen nicht zuletzt wegen der guten Arbeitsmarktentwicklung langsamer als in den mittelfristigen Finanzplanungen unterstellt. Gleichwohl bleibt die Wirtschaftspolitik gefordert.

Für die EZB ist die **geldpolitische** Lage kompliziert. Zum einen liegt die Teuerungsrate mit prognostizierten 2 ½ Prozent in Deutschland in diesem Jahr oberhalb der Zielmarke der EZB von knapp unter 2 Prozent. Auch im Eurogebiet insgesamt wird die Inflationsrate dieses Ziel, das sich auf die mittlere Frist bezieht, deutlich übertreffen. Es ist demensprechend aus dieser Sicht angemessen, wenn die EZB den Leitzins auf über 2,0 Prozent anhebt, schließlich fiele andernfalls der Realzins deutlich unter null. Zum anderen gibt es gemessen an den Zinsen für inflationsgeschützte Anleihen bisher kaum Anzeichen für erhöhte In-

flationserwartungen. Noch werden die Inflationsimpulse vor allem über steigende Rohstoffpreise aus dem Ausland importiert, was für sich genommen keinen geldpolitischen Handlungsbedarf begründet. Denn mit einer Beruhigung der Rohstoffpreisentwicklung verschwinden diese Impulse wieder, und die Teuerungsrate bildet sich zurück. Der BIP-Deflator, der die inländische, selbstverursachte Teuerung misst, liegt in diesem Jahr um 1 bis 1 ½ Prozentpunkte unter dem Anstieg der Verbraucherpreise. Handlungsbedarf für die Geldpolitik entsteht dann, wenn aufgrund zunehmender Inflationserwartungen die Löhne den produktivitätsorientierten Pfad deutlich verlassen und einen dauerhaften Kosten- und Preisdruck erzeugen. Die EZB muss deutlich machen, dass sie solche Zweitrundeneffekte nicht duldet und bei entsprechenden Gefahren konsequent handeln wird. Die Tarifparteien entscheiden also maßgeblich mit, ob die EZB die Zinsen weiterhin niedrig halten und den Aufschwung geldpolitisch stützen kann. Die bisherigen Lohnabschlüsse in Deutschland bewegen sich in vernünftigen Bahnen, sodass aktuell die Gefahr von Zweitrundeneffekten hierzulande nicht virulent ist. Die Tarifpolitik wäre gut beraten, diesen Kurs fortzusetzen. Um nicht dauerhafte Kostenbelastungen zu schaffen, gleichwohl aber die Arbeitnehmer an der guten wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen, bieten sich neben maßvollen Lohnerhöhungen Einmalzahlungen und Sonderprämien an. Sehr zu begrüßen ist, dass die Tarifparteien auch weiterhin flexible Elemente der Lohngestaltung vereinbaren, um betrieblichen Besonderheiten besser Rechnung tragen zu können.

In der **Finanzpolitik** geht es in erster Linie darum, angesichts der sprudelnden Steuerquellen neue Begehrlichkeiten zu unterbinden. Gemäß der vorliegenden Prognose sinkt das staatliche Defizit in diesem Jahr auf 1 ½ Prozent und im Jahr 2012 weiter auf ½ Prozent des BIP. Dabei ist unterstellt, dass die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung und nicht für zusätzliche Ausgaben oder Steuersenkungen verwendet werden. Außerdem dürfen konjunkturelle nicht mit strukturellen Mehreinnahmen verwechselt werden. Die Schuldenbremse verlangt ab 2016 für den Bund und ab 2020 für die Bundesländer einen strukturell ausgeglichenen Haushalt, rein konjunkturelle Schwankungen bleiben außen vor. Nichtsdestotrotz könnten sich bei weiter striktem Konsolidierungskurs und anhaltendem Wirtschaftswachstum auch haushaltspolitische Spielräume eröffnen. Diese sollten dann aber nicht für Ausgabensteigerungen genutzt werden, sondern für steuerliche Entlastungen. Auf der reformpolitischen Agenda ganz oben steht hier die Beseitigung der kalten Progression und des Mittelstandsbauchs im Einkommensteuertarif.

Ab dem Jahr 2013 soll ein **Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM)** als dauerhafte Einrichtung an die Stelle der befristeten bisherigen Sicherungsmaßnahmen (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus – EFSM und Europäische Finanzstabilisierungs-

fazität – EFSF) treten. Der neue Rettungsschirm ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings darf er nicht als ein Vehikel auf dem Weg in eine Transferunion missbraucht werden. Um dies zu vermeiden, hat das IW Köln vorgeschlagen, den ESM in zwei Punkten zu schärfen (IW Köln, 2011):

- Es muss klar zwischen Überschuldung und Illiquidität eines Staates unterschieden werden. Um die Entscheidung, ob Überschuldung oder Illiquidität vorliegt, zu entpolitisieren, schlägt das IW Köln vor, dieser Entscheidung das Votum eines unabhängigen Expertengremiums vorzuschalten.
- Der ESM soll die Möglichkeit haben, in einem eng begrenzten Umfang Staatsanleihen illiquider, aber nicht insolventer Staaten aufzukaufen, falls diese die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten. So kann übersteigerten Zinsanstiegen entgegengewirkt werden, die eine Reform aus eigener Kraft verhindern und illiquide Staaten dann doch in die Überschuldung treiben. Darüber hinaus muss es eine Privatgläubigerbeteiligung geben. Zugleich wird durch diese Maßnahme die EZB entlastet. Die EZB bliebe auch vor einem Reputationsverlust bewahrt, der auf Dauer kaum zu vermeiden sein würde, wenn sie – wie zurzeit – Anleihen hochverschuldeter Staaten aufkauft.

Große Unsicherheit herrscht derzeit in der **Energiepolitik**. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima hat die Bundesregierung sieben ältere Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz genommen und eine Überprüfung der Sicherheitsstandards aller Kernkraftwerke angeordnet. Vieles deutet darauf hin, dass die abgeschalteten Kraftwerke nach Ablauf des dreimonatigen Moratoriums nicht wieder ans Netz gehen werden. Zudem steht die erst im Jahr 2010 vorgenommene Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke zur Disposition. Es mehren sich die Anzeichen, dass sogar darüber hinaus ein beschleunigter Ausstieg aus der Kernenergie angestrebt wird. Unter ökonomischen Aspekten sind diese Schritte kritikwürdig. Das frühzeitige Abschalten intakter und leistungsfähiger Kraftwerke stellt eine Vernichtung von volkswirtschaftlichem Kapitalstock dar und damit eine Schwächung des Produktionspotenzials. Um dauerhafte Wachstumsverluste zu vermeiden, muss schnell und in großem Umfang in neue konventionelle und alternative Energietechniken investiert werden. Ohne eine Verteuerung der Energieversorgung mit allen negativen Auswirkungen vor allem auf die in Deutschland wichtige energieintensive Industrie ist dies kaum zu stemmen. Auch wird die Politik sich bei Beschreiten dieses Weges realistischerweise von den sehr ehrgeizigen Klimazielen verabschieden müssen. Wenn eine Gesellschaft diesen Weg gehen will, ist dies in einem demokratischen Rechtsstaat grundsätzlich zu akzeptieren, allerdings gehört es zu einer aufrichtigen Debatte dazu, über die ökonomischen Konsequenzen umfassend zu informieren, um eine bestmögliche Entscheidung zu ermöglichen.

Literatur

Baas, Timo / Brücker, Herbert, 2010, Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs, Bonn

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2011a, Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung 2011, Berlin, URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_1270/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik/Deutsches_Stabilitaetsprogramm/1104131a1010,templateId=raw,property=publicationFile.pdf [Stand: 2011-04]

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2011b, Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Berlin, URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_105826/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt_2011/Finanzplan-des-Bundes-2010-2014,templateId=raw,property=publicationFile.pdf [Stand: 2011-04]

Boysen-Hogrefe, Jens / Gern, Klaus-Jürgen / Jannsen, Nils / Roye, Björn van / Scheide, Joachim, 2011, Weltkonjunktur im Frühjahr 2011, Institut für Weltwirtschaft Kiel, März, Kiel

Busch, Berthold / Jäger-Ambrozewicz, Manfred / Matthes, Jürgen, 2010, Wirtschaftskrise und Staatsbankrott. Sind auch die Industrieländer bedroht?, IW-Analysen, Nr. 62, Köln

Deutsche Bundesbank, 2011a, Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2010, Monatsbericht März, S. 17–37

Deutsche Bundesbank, 2011b, Maastricht-Schuldenstand 2010: 2,08 Billionen € beziehungsweise 83,2 % des BIP, Pressenotiz v. 13.04.2011, Frankfurt am Main

Deutsche Bundesbank, 2011c, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht Februar, S. 63–81

Fuchs, Johann / Hummel, Markus / Klinger, Sabine / Spitznagel, Eugen / Wanger, Susanne / Weber, Enzo / Zika, Gerd, 2011, Rekorde und Risiken, IAB-Kurzbericht, Nr. 7, Nürnberg

IWF – Internationaler Währungsfonds, 2011, World Economic Outlook, April, Washington D.C.

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2010, Gewohnte Wachstumskräfte gewinnen die Oberhand – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2010, in: IW-Trends, 37. Jg., Heft 2, S. 19–57

IW-Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), 2011, Bitte mehr Biss, in: iwd, Nr. 12, S. 1

Kahanec, Martin / Zaiceva, Anzelika / Zimmermann, Klaus F., 2010, Lessons from Migration after EU Enlargement, in: Kahanec, Martin / Zimmermann, Klaus F. (Hrsg.), EU Labor Markets After Post-Enlargement Migration, Berlin und Heidelberg, S. 3–45

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2011, Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst, Frühjahr 2011, Halle

Räth, Norbert / Braakmann, Albert, 2011, Bruttoinlandsprodukt 2010, in: Wirtschaft und Statistik, Januar, S. 11–26

Schäfer, Holger, 2011, Migrations- und Arbeitsmarktwirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, in: IW-Trends, 38. Jg., Heft 2

Statistisches Bundesamt, 2011, Öffentliche Schulden 2010 um 18% auf fast 2 Billionen Euro gestiegen, Pressemitteilung Nr. 069 vom 21.02.2011, Wiesbaden, URL: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/02/PD11_069_713,templateId=renderPrint.psm1 [Stand: 2011-04]

Solid Dynamics in a Risky Environment – IW Economic Forecast, Spring 2011

Economic activity in Germany remains buoyant and will reach new record levels. Real GDP is projected to expand by 3 ½ percent in 2011 and by 2 ¼ in 2012. The main growth driver will be private consumption due to the positive development of the labor market. In 2012, unemployment will go down to 2.6 million people on average. In addition investment growth will unfold on a broad platform. Due to these developments the consolidation of public deficit and public debt will progress and reduce the fiscal deficit to ½ percent of GDP next year. Nevertheless, some global downside risks persist. However, they do not seem serious enough to endanger a robust worldwide recovery.

IW-Prognose für Deutschland 2011 und 2012

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2010	2011	2012
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	0,5	1 ½	1
Arbeitslosenquoten ¹⁾	7,7	6 ½	6
Arbeitsvolumen	2,6	2	¾
Produktivität ²⁾	1,0	1 ½	1 ½
BIP	3,6	3 ½	2 ¼
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,4	1 ¾	1 ½
Konsumausgaben des Staates	2,3	1 ¼	1
Anlageinvestitionen	6,0	6	3 ¾
- Ausrüstungen	10,9	11	6
- Sonstige Anlagen	6,4	5	5
- Bauten	2,8	2 ½	2
Inlandsnachfrage	2,5	3	1 ¾
- Export	14,1	11	5 ½
- Import	12,6	10 ¼	5 ¼
BIP	3,6	3 ½	2 ¼
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,1	2 ½	2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-3,3	-1 ½	-½

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen.

2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quelle: IW-Frühjahrsprognose (Mai 2011)